Deutscher Bundestag **Drucksache 15/336**
15. Wahlperiode 17. 01. 2003

Unterrichtung

durch die deutsche Delegation in der Parlamentarischen Versammlung der NATO über die Frühjahrstagung der Parlamentarischen Versammlung der NATO vom 24. bis 28. Mai 2002 in Sofia

Die Frühjahrstagung der Parlamentarischen Versammlung der NATO fand vom 24. bis 28. Mai 2002 in Sofia statt.

Der Deutsche Bundestag und der Bundesrat entsandten folgende Delegation:

Deutscher Bundestag:

Abgeordneter Markus Meckel (SPD), Leiter der Delegation,
Abgeordneter Hans-Dirk Bierling (CDU/CSU),
Abgeordneter Klaus Francke (CDU/CSU),
Abgeordneter Dr. Wolfgang Götzer (CDU/CSU),
Abgeordnete Monika Heubaum (SPD),
Abgeordneter Lothar Ibrügger (SPD),
Abgeordneter Dr.-Ing. Dietmar Kansy (CDU/CSU),
Abgeordneter Volker Kröning (SPD),
Abgeordneter Dr. Karl A. Lamers (CDU/CSU),
Abgeordnete Verena Wohlleben (SPD),
Abgeordneter Peter Zumkley (SPD).

Bundesrat:

Minister Dr. Christoph Palmer (CDU), Baden-Württemberg,
Staatsrat Reinhard Metz (CDU), Bremen,
Staatsminister Volker Bouffier (CDU), Hessen, Stellvertretender Delegationsleiter,
Minister Heiner Bartling (SPD), Niedersachsen,
Ministerin Ingeborg Spoerhase-Eisel (CDU), Saarland,
Minister a. D. Dr. Manfred Püchel (SPD), Sachsen-Anhalt.

Ablauf der Tagung

Die Sitzungen der Ausschüsse fanden am 25. und 26. Mai 2002 statt. Das Plenum tagte am 28. Mai 2002.

Die Plenarsitzung wurde vom Präsidenten der Parlamentarischen Versammlung der NATO, **Rafael Estrella** (Spanien), eröffnet. Es folgten Ansprachen des Präsidenten der bulgarischen Nationalversammlung, **Ognian Gerdjikow,** des Präsidenten der Republik Bulgarien, **Georgi Parvanow,** des Premierministers der Republik Bulgarien, **Simeon von Sachsen-Coburg Gotha,** des Außenministers der Republik Bulgarien, **Solomon Passy** und des Generalsekretärs der NATO und Vorsitzenden des NATO-Rats, **Lord Robertson of Port Ellen** (per Video).

Politischer Ausschuss

I. Tagesordnung und Themen

Im Mittelpunkt der Sitzung des Politischen Ausschusses am 26. Mai 2002 stand die Diskussion über die internationale Sicherheitslage nach dem 11. September 2001 und die zukünftige Rolle der NATO im Kampf gegen den internationalen Terrorismus. Mit Blick auf den bevorstehenden NATO-Herbstgipfel in Prag wurde ebenso intensiv über den laufenden Erweiterungsprozess und die interne Reformdebatte der Allianz sowie über den Ausbau der Kooperation zwischen der NATO und Russland und seine parlamentarische Begleitung beraten.

II. Vortrag des Präsidenten und stellvertretenden Vorsitzenden des US „Committee on NATO“, Bruce P. Jackson, über die Reform und künftige Ausrichtung der NATO

In seinem Vortrag ging **Bruce P. Jackson** (Vereinigte Staaten) auf die bisherigen Entwicklungen in der strategischen Ausrichtung der NATO ein. Die Geschichte der Allianz zeige nicht nur die Anpassungsfähigkeit, die die NATO seit ihrer Gründung immer wieder unter Beweis gestellt habe, sondern vor allem den politischen Charakter des Bündnisses. Unvorstellbar sei darum, dass die NATO internationalen Brennpunkten wie dem Nahen Osten, dem westlichen Balkan und dem Transkaukasus künftig keine Aufmerksamkeit entgegenbringen werde. Von erheblicher Bedeutung für die unmittelbare Zukunft der Allianz sei, dass bei den fast parallelen Erweiterungsprozessen von NATO und EU Synergieeffekte genutzt und Risiken minimiert würden. Er plädiere in beiden Prozessen für einen „Big Bang“, um weitestmögliche Übereinstimmungen zu erzielen. Zentraler Ansatzpunkt der Erklärung des anstehenden Prager NATO-Gipfels müssten die Zivilgesellschaften in Mittel- und Osteuropa sein, deren Engagement und Unterstützung die Schlüsselvoraussetzung für eine gelungene NATO-Erweiterung seien. Gleichzeitig müsse das interne Reformziel der Allianz darauf gerichtet sein, die NATO-Streitkräfte kleiner, leichter, schneller, mobiler und schlagkräftiger zu machen. Die Allianz werde nach Prag eine neue Agenda haben, die Aufgaben in der Schaffung regionaler Sicherheitssysteme,

im entschlossenen Kampf gegen den internationalen Terrorismus und gegen Menschen- und Drogenhandel sowie im Bereich der Grenzsicherung umfassen werde.

In der anschließenden Diskussion ging der Abgeordnete **Pastusiak** (Polen) auf die Bedeutung komplementärer Erweiterungsprozesse von NATO und EU ein. Beide Erweiterungsrunden dürften mögliche Synergieeffekte nicht verschenken. Gleichzeitig sei die enge Abstimmung zwischen den Zielen der NATO-Reform und der europäischen Diskussion über den Ausbau der ESVP sinnvoll und notwendig. Abgeordneter **Markus Meckel** (Deutschland) begrüßte nachhaltig den Hinweis auf die Schlüsselrolle der Zivilgesellschaften in Mittel- und Osteuropa für den Erfolg der anstehenden NATO-Erweiterung. Die Allianz müsse deutlich machen, dass sie keinen institutionellen Selbstzweck erfülle, sondern ihre Reformdiskussion für die Sicherheit und den Schutz der Bevölkerungen der Bündnispartner führe. Abgeordneter **Karl A. Lamers** (Deutschland) wies darauf hin, dass die Bedrohung der freien Welt durch den internationalen Terrorismus eine neue Definition des Sicherheitsbegriffs erzwinge. Die Reformdebatte müsse vor allem auf die Frage gerichtet sein, wie sich die NATO aktiv und effizient den neuen Herausforderungen anpassen könne.

III. Generalberichtsentwurf über die Sicherheitspolitischen Herausforderungen nach den Terrorangriffen vom 11. September 2001 und über die künftige Rolle der NATO von Generalberichterstatter Markus Meckel (Deutschland)

Generalberichterstatter **Markus Meckel** betonte bei der Vorstellung des Berichtsentwurfs, dass die Terroranschläge des 11. Septembers nicht nur ein Angriff auf die USA gewesen seien. Die Antiterror-Koalition der westlichen Staaten, aber auch Russlands, Chinas und fast aller muslimischer Staaten mache deutlich, dass der Terrorismus als Bedrohung der Zivilisation gegen die freien Gesellschaften gerichtet sei. Bin Laden sei es nicht gelungen, die Anschläge seines Terrornetzwerks zum Kampf zwischen der westlichen Welt und dem Islam zu stilisieren. Für die NATO und ihre interne Reformdebatte sei von Bedeutung, dass mit der Anti-Terror-Koalition erstmals der Bündnisfall nach Artikel 5 des Washingtoner Vertrags erklärt worden sei. Neben der Terrorismusbekämpfung müsse die NATO-Reform auf neue Aufgaben in der Zivilverteidigung und dem Katastrophenschutz, in der Koordination der internationalen Bemühungen um Non-Proliferation, in der Absicherung von Lösungen regionaler Konflikte und in einer verstärkten Geheimdienstkooperation der Bündnispartner ausgerichtet sein. Die Allianz müsse darüber hinaus verstärkt den offenen Dialog mit allen internationalen Partnern suchen, den die NATO-PV bereits seit langer Zeit praktiziere. Im Verhältnis NATO-Russland sei der Rat zu 20 ein ausgezeichneter Rahmen für weiter gehende Kooperation und mehr Vertrauen. Insbesondere auch der Prozess der NATO-Erweiterung werde hiervon profitieren.

Abgeordneter **George** (Vereinigtes Königreich) dankte dem Generalberichterstatter für den hervorragenden Überblick. Er erinnerte an die frühzeitig von der Versammlung und dem Politischen Ausschuss erhobene Forderung zur Neugestaltung der Beziehungen der NATO zu Russland. Nach seiner Einschätzung werde die NATO für ihre Entscheidungen zur anstehenden Erweiterung weniger Zeit brauchen als für die Fragen der internen Reformen. Er halte es allerdings nicht für klug, frühzeitig den Kreis der neuen Mitglieder zu benennen. In der Terrorismusbekämpfung müsse, wie im Generalbericht gefordert, ein engeres Netzwerk der internationalen Partner entstehen, weil sonst die westliche Welt den Kampf gegen al-Qaida verlieren werde. Abgeordneter **Bereuter** (Vereinigte Staaten) begrüßte den umfassenden Ansatz des Berichtsentwurfs. Mit den Anti-Terror-Beschlüssen des UN-Sicherheitsrates, dem Ausrufen des Bündnisfalls nach Artikel 5 des NATO-Vertrages und der am 7. Oktober 2001 begonnenen militärischen Operation „Enduring Freedom“ habe die freie Welt ihre Entschlossenheit gegenüber dem Terrornetzwerk von Osama Bin Laden bewiesen. An dieser unzweideutigen Antwort seien neben den US-Streitkräften nicht nur britische Einheiten, sondern auch Sondertruppen weiterer NATO-Partner und Nicht-NATO-Staaten beteiligt gewesen. Die effiziente Ausführung und strategische Planung von „Enduring Freedom“ habe innerhalb kurzer Zeit zum Sturz des Taliban-Regimes und damit zur Zerstörung der Operationsbasis von Bin Laden geführt. Bei der Frage der strafrechtlichen Behandlung der al-Qaida-Terroristen vertrete die US-Regierung eine spezifische Position, die sich von der Haltung europäischer Partner unterscheide. Abgeordneter **Gapes** (Vereinigtes Königreich) äußerte Bedauern über die Absage der USA an den Internationalen Strafgerichtshof. Die Erfahrungen mit den internationalen Gerichten zur Verfolgung der Kriegsverbrechen im ehemaligen Jugoslawien und in Ruanda hätten die Bedeutung einer internationalen Bestrafung massiver Menschenrechtsverletzungen gezeigt.

IV. Rede des norwegischen Außenministers Jan Petersen über die Neue Partnerschaft zwischen der NATO und Russland

In seinem Vortrag gab Außenminister **Jan Petersen** einen Überblick über den Stand der Vorbereitungen zur Einsetzung des neuen NATO-Russland-Rates. Der pragmatische Reformansatz von Präsident Putin und sein Willen zur Zusammenarbeit mit den westlichen Partnern habe den Weg für eine völlig neue strategische Partnerschaft zwischen der Allianz und Russland geebnet. Für das neue Kooperationsgremium werde es fünf Schlüsselbereiche geben: den Kampf gegen den internationalen Terrorismus, das internationale Krisenmanagement, die Verhinderung der Proliferation von Massenvernichtungswaffen, die internationale Rüstungskontrolle und den Ausbau der militärischen Kooperation im Ausbildungs-, Forschungs- und Übungsbereich. Innerhalb dieser neuen Zusammenarbeit werde die parlamentarische Dimension des NATO-Russland-Verhältnisses eine Schlüsselstellung einnehmen. Die Monitoring-Group der NATO-PV habe eine weit rei-

chende Bedeutung. Er appelliere darum an die Versammlung, ihre Möglichkeiten zu nutzen, um die Arbeit des NATO-Russland-Rates zu begleiten und ergänzen.

In der sich anschließenden Debatte erklärten viele Redner, darunter Abgeordneter **Payne** (Tschechische Republik), Abgeordneter **Anderson** (Vereinigtes Königreich) und Abgeordneter **Dr. Karl A. Lamers** (Deutschland), ihr politisches Engagement für den Ausbau der Beziehungen NATO-Russland aufrechtzuerhalten und das neue Gremium parlamentarisch zu begleiten. Abgeordneter **Karneva** (Finnland) betonte, dass die nordischen NATO-Partner in der verstärkten Zusammenarbeit mit Russland eine spezifische Rolle spielten und im Rahmen der Nordkooperation einen Mehrwert für das gesamte Bündnis bieten könnten. Auf die Frage des Abgeordneten **Hoekema** (Niederlande) nach den Aussichten eines Beitritts des NATO-Partners Norwegen zur EU, um in Europa weitere Kohärenz zwischen den beiden Mitgliedschaften herzustellen, erläuterte Außenminister **Petersen,** dass die Frage eines dritten EU-Beitrittsantrags in Norwegen umstritten sei. Aufgrund der unterschiedlichen Haltung in den großen Parteien sei ein Referendum gegenwärtig nicht aussichtsreich.

V. Zwischenberichtsentwurf zur NATO-Erweiterung und den NATO-Partnerschaften des Abgeordneten Bert Koenders (Niederlande)

Mit seinem Zwischenbericht ging Abgeordneter **Bert Koenders** auf den laufenden NATO-Erweiterungsprozess im Vorfeld des Prager NATO-Gipfels ein. Die anstehende Erweiterung der Allianz erhalte vor dem Hintergrund der Terroranschläge des 11. Septembers 2001 eine neue Bedeutung. Während bisher der Ausbau der militärischen Kooperation und die Verhinderung der Renationalisierung der Verteidigungspolitiken der Bündnispartner Anliegen und Ziel der NATO gewesen sei, gebe die Anti-Terror-Koalition der Erweiterung eine weitere sicherheitspolitische Dimension. Im Zentrum des Erweiterungsprozesses ständen die Zivilgesellschaften der Beitrittskandidaten, von deren Unterstützung der Erfolg der Beitrittsbemühungen abhänge. Hinsichtlich des bevorstehenden NATO-Gipfels in Prag und der Herbsttagung der NATO-PV in Istanbul plädiere er dafür, die uneingeschränkte parlamentarische Unterstützung für den Erweiterungsprozess deutlich zu machen und die Einladung an alle neun Beitrittsaspiranten zu befürworten. Ein „Big Bang“ werde erhebliche Vorteile sowohl für die Allianz als auch die Kandidatenländer haben.

In der Ausschussdebatte des Berichts berichtete Abgeordneter **Marsic** (Slowenien), dass sich in aktuellen Meinungsumfragen 46 Prozent der slowenischen Bevölkerung für einen NATO-Beitritt ausgesprochen hätten. Damit habe sich der negative Trend des letzten Jahres ins positive umgekehrt. Abgeordneter **Wiersma** (Europäisches Parlament) betonte den engen Zusammenhang zwischen den Erweiterungsprozessen von EU und NATO. Durch den Zeitplan der NATO werde die Allianz allerdings in die Situation kommen, ihre Einladungen vor der EU aussprechen zu müssen. Abgeordneter **Hoekema** (Niederlande) ging auf die Forderung des Berichterstatters zur Unterstützung eines „Big Bang“ für die nächste Erweiterungsrunde ein und stellte infrage, dass eine solche frühe Festlegung der NATO-PV klug sei und den Erweiterungsprozeß unterstützen werde. Abgeordneter **Lennmarker** (Schweden) unterstrich die Unterstützung seines Landes für den Aufbau eigener Verteidigungskapazitäten in den baltischen Ländern. Der NATO-Beitritt werde auch wirtschaftliche Impulse setzen. In Schweden selbst werde nach seiner Einschätzung die Diskussion um eine NATO-Mitgliedschaft nach dem Prager Gipfel neu beginnen. Abgeordneter **Pastusiak** (Polen) unterstrich die positiven Auswirkungen, die die verstärkte Kooperation der USA und der NATO mit Russland für die bevorstehende Erweiterung bereits entfalteten.

VI. Zwischenberichtsentwurf über Rüstungskontrolle und die Transatlantische Partnerschaft des Abgeordneten Dr. Karl A. Lamers (Deutschland)

Berichterstatter **Dr. Karl A. Lamers** erläuterte, dass sein diesjähriger Bericht dem Paradigmenwechsel Rechnung trage, den die Terrorattacken des 11. Septembers 2001 für die internationale Sicherheitspolitik herbeigeführt habe. Nach dem erfolgreichen Einsatz gegen das Terrornetzwerk der al-Qaida in Afghanistan werde sich der weitere Kampf gegen den internationalen Terrorismus auf die Verhinderung der Proliferation von Massenvernichtungswaffen konzentrieren müssen. US-Präsident Bush habe unterstrichen, dass die USA eng mit ihren Partnern zusammenarbeiten würden, um den Terroristen und den sie unterstützenden Staaten die Materialien, Technologien und das Know-how zur Herstellung und zum Einsatz von Massenvernichtungswaffen zu verwehren. Das Angebot zur engen Abstimmung aller weiteren Schritte mit den europäischen Partnern habe der amerikanische Präsident anläßlich seines Europabesuchs in seiner Rede vor dem Deutschen Bundestag wiederholt. Nötig seien jetzt verstärkte Anstrengungen im Bereich der internationalen Rüstungskontrolle, um der steigenden Gefährdung durch die Verbreitung nuklearer, chemischer und biologischer Waffen entgegenzutreten und den Terroristen den Zugriff auf Massenvernichtungswaffen zu erschweren.

In der folgenden Diskussion erklärte Abgeordneter **Tennelav** (Finnland), dass der Kampf gegen den Terrorismus auch ein Kampf gegen seine Ursachen sein müsse. Mit der erfolgreichen Bekämpfung der Armut werde dem Terrorismus ein großer Teil seines Nährbodens entzogen werden können. Abgeordneter **Gapes** (Vereinigtes Königreich) widersprach. Armut sei das Umfeld, aber nicht die Antriebskraft. Die Motivation der Terroristen liege in der Ideologie und dem Streben nach Erreichen der eigenen Machtziele ohne Rücksicht auf Menschenleben. Abgeordneter **Anderson** (Vereinigtes Königreich) ging auf den Iran ein, in dem es gegenwärtig einen Machtkampf zwischen den reformorientierten und den fundamentalistischen Kräften gebe. Wichtig sei, den Dialog mit diesem Land weiter zu führen. Beim Irak gebe es bisher keine zuverlässigen Beweise für eine Verbindung der politischen Führung zu al-Qaida. Fraglich sei, wie sich die USA ein Szenario nach einer potenziellen Entmachtung Sadam

Husseins vorstellten. Senator **Folani** (Italien) plädierte für einen verstärkten Dialog und mehr Kooperation mit den „Bedenkenstaaten“, um der Proliferation von Massenvernichtungswaffen entgegenzutreten. Gleichzeitig richtete er an die Kollegen aus den EU-Mitgliedstaaten den Appell, die ESVP mit vollem Engagement weiter auszubauen und mehr Verantwortung zu übernehmen. Europa müsse eigene Anstrengungen unternehmen, um seine Ressourcen voll auszuschöpfen.

Ausschuss für Verteidigung und Sicherheit

Der Ausschuss für Verteidigung und Sicherheit tagte am Samstag, dem 25. Mai 2002, von 9.00 bis 18.00 Uhr unter dem Vorsitz des niederländischen Abgeordneten **Hoekema.** Der Vorsitzende gab bekannt, dass er sich aus dem niederländischen Parlament zurückziehen werde. Damit werde die Neuwahl eines Vorsitzenden in Istanbul erforderlich sein.

I. Tagesordnung und Themen

Schwerpunkte der Debatte waren die Erweiterung der NATO und der Kampf gegen den internationalen Terrorismus. Drei Zwischenberichte lagen zur Diskussion vor.

Der bulgarische Verteidigungsminister **Nikolai Swinarow** erläuterte Bulgariens Anstrengungen hin auf die NATO-Mitgliedschaft. Bulgarien mache gute Fortschritte bei der Implementierung seines Aktionsplans zum NATO-Beitritt. Er bekräftigte den Wunsch seines Landes, bald NATO-Mitglied zu werden, und wies darauf hin, dass fast 77 Prozent der Bevölkerung den NATO-Beitritt befürworte.

Anschließend sprach der Direktor der Planungsabteilung im Generalstab der bulgarischen Streitkräfte, Generalmajor **Sabi Sabew.** Er präsentierte einen Abriss der bulgarischen Militärreformen, wobei er besonders auf die Verringerung des Personalbestandes, die Modernisierung der Ausrüstung und des Führungssystems sowie den Englischunterricht in der Truppe hinwies. Die Reformziele sollen bis 2004 erreicht sein.

Auf eine Frage des Abgeordneten **van Eekelen** (Niederlande) antwortet Minister Swinarow, er meine, die Bewerbung Bulgariens um den NATO-Beitritt sei fair bewertet worden. Auf eine Frage des Abgeordneten **Ozerow** (Russische Föderation) präzisierte er seine Angaben über die Verringerung der Streitkräfte und den Übergang von Soldaten ins Zivilleben, wobei er anmerkte, die Verwirklichung des Modernisierungsplans werde Schwierigkeiten bereiten. Generalmajor **Sabew** fügte hinzu, der Reformplan werde bis 2004 umgesetzt sein. Auf eine Frage des portugiesischen Abgeordneten **Julio Miranda Calho** antwortete er, Bulgarien gebe 3,1 Prozent seines Bruttoinlandsprodukts für die Verteidigung aus. Damit halte sein Land jeden Vergleich mit anderen Beitrittskandidaten stand. Er fügte hinzu, die Streitkräfte würden bis 2010 vollständig professionalisiert sein. 30 Prozent des Wehretats sei der Modernisierung der Streitkräfte vorbehalten. Auf eine Frage des amerikanischen Abgeordneten **Bereuter** wegen des Verbleibs der frei gewordenen Waffensysteme und deren Kontrolle versicherte der Minister, diese Waffen würden nicht auf dem freien Waffenmarkt verkauft werden. Potenzielle Käufer würden einer genauen Überprüfung unterzogen werden.

II. Entwurf eines Sonderberichts: Der Kampf gegen den Terrorismus, vorgelegt von Berichterstatter John Shimkus (Vereinigte Staaten)

Nach den bulgarischen Rednern beriet der Ausschuss den Entwurf eines Sonderberichts über den Kampf gegen den Terrorismus, vorgelegt vom amerikanischen Abgeordneten **Shimkus.** In seiner Präsentation konzentrierte sich Abgeordneter **Shimkus** auf die Folgen des 11. Septembers aus Sicht der NATO. Der Berichterstatter legte besondere Betonung auf den militärischen Feldzug gegen den Terrorismus, betonte aber zugleich nachdrücklich, der Krieg gegen den Terrorismus könne nicht allein militärisch geführt werden. Er wies auf die weiteren nötigen Anstrengungen auf wirtschaftlichem, polizeilichem und nachrichtendienstlichem Gebiet hin. Der militärische Einsatz in Afghanistan und die Diskrepanz zwischen der eingeschränkten Rolle der NATO als Institution und dem wichtigen Beitrag, den einzelne NATO-Mitglieder leisten, waren zentrale Punkte seiner Präsentation. Rückblickend auf die im Kosovo gewonnenen Erfahrungen forderte Abgeordneter **Shimkus** eine Debatte über den Artikel 5 des NATO-Vertrages, über die Modernisierung der Kommandostruktur der NATO sowie über die Frage zukünftiger Militäraktionen, besonders im Hinblick auf den Irak.

Auf eine Frage von **Lord David Clark** (Vereinigtes Königreich) antwortete Abgeordneter **Shimkus,** eine Kontrolle der Exekutive durch die Parlamente sei selbstverständlich notwendig, er habe Großbritannien als unwilligen Verbündeteten nicht anprangern wollen. Abgeordneter **Campbell** (Vereinigtes Königreich) betonte die Legitimität parlamentarischer Bedenken und wies auf die möglichen Konsequenzen einer Konfrontation zwischen Irak und Israel hin. In seiner Erwiderung betonte der Berichterstatter die Notwendigkeit, die internationale Gemeinschaft schon vor einem Eingreifen gegen den Irak einzubinden. Abgeordneter **Squire** (Vereinigtes Königreich) fragte, wie die Reform der NATO beschleunigt werden könne. Abgeordneter **Shimkus** (Vereinigte Staaten) antwortete, Länder mit beschränkten Finanzmitteln sollten sich auf leichte, schnelle und hochwirksame Truppen konzentrieren. Damit erhalte man mehr für sein Geld. Im Übrigen seien die Vorhaltungen, die man der NATO beim Kosovo-Einsatz machte, überzogen gewesen. Bei der Auswahl der Ziele seien 95 Prozent ohne Mitwirkung der NATO festgelegt worden.

Abgeordneter **van Oven** (Niederlande) sagte, er sehe drei mögliche Begründungen für einen Krieg gegen den Irak: erstens, das Misstrauen der internationalen Gemeinschaft gegenüber der irakischen Führung; zweitens, die Weigerung des UNO-Mitglieds Irak, Beschlüsse dieser Organisation umzusetzen und drittens, die nachweisbaren Verbindungen zum internationalen Terrorismus. Er fragte, welche dieser drei möglichen Begründungen eher wahrscheinlich seien, wobei es für die dritte Option keine empirischen Hinweise gebe. Abgeordneter **Shimkus** (Verei-

nigte Staaten) antwortete, die erste Option sei nicht annehmbar, und betonte den Wunsch der USA nach einer friedlichen Lösung des Konflikts. Allerdings bezweifele er, dass dies ohne Androhung von erheblichen Sanktionen möglich sein werde. Auf eine Frage des türkischen Abgeordneten **Gures** sagte er, er wolle nicht eine allgemein gültige Definition von Terrorismus versuchen.

III. Entwurf eines Berichts des Unterausschusses „Zukünftige Sicherheit und Verteidigungsfähigkeiten“: Militärische Vorbereitungen von NATO-Beitrittsländern, vorgelegt von Berichterstatter David Price (Kanada)

Für den Unterausschuss „Zukünftige Sicherheit und Verteidigungsfähigkeiten“ legte Berichterstatter **David Price** (Kanada) seinen Entwurf eines Berichts über die militärischen Vorbereitungen der NATO-Beitrittskandidaten vor. In seinem Bericht ging der Berichterstatter der Frage nach, wie die NATO-Beitrittskandidaten ihre Streitkräfte so umwandeln können, dass sie zum NATO-Beitritt bereit sind. Er verwies auf die Besuche des Unterausschusses in Rumänien, Bulgarien, Slowenien und der Slowakei und empfahl diese Länder zusammen mit den baltischen Ländern Estland, Litauen und Lettland als künftige NATO-Mitglieder. Er meine aufgrund der Erfahrungen mit der bisherigen Erweiterungsrunde, die Kosten der NATO-Erweiterung seien beherrschbar, dennoch dürften die Beitrittskandidaten bei der Umstrukturierung und Modernisierung ihrer Streitkräfte nicht nachlassen.

Der Berichterstatter rechtfertigte seine Entscheidung, die militärischen Fähigkeiten Albaniens und Mazedoniens in seinem Bericht nicht aufzunehmen. Diese Länder würden die politischen Vorgaben noch nicht erfüllen. Abgeordneter **Anthopoulos** (Griechenland) plädierte in dieser Hinsicht für Nachsicht; Griechenland sei auch als Diktatur NATO-Mitglied geworden. In Bezug auf die bevorstehenden Wahlen in der Slowakei meinte der Berichterstatter, objektive Kriterien, nicht Wohlwollen oder Abneigungen spezifischen Personen gegenüber sollten maßgeblich sein. Abgeordneter **Markus Meckel** (Deutschland) unterstützte die Bewertung des Berichterstatters und meinte, die Versammlung sollte ein Signal an die Slowakei senden, dass eine Regierung unter Beteiligung von Wladimir Meciar negativ beurteilt werden könne.

Abgeordneter **Marsic** (Slowenien) wies auf den anhaltenden Reformprozess in den slowenischen Streitkräften hin und bat, die Fortschritte auf diesem Gebiet in den Bericht aufzunehmen. Abgeordneter **Slejmani** (Mazedonien) merkte an, die NATO-Mitgliedschaft könnte potenziell stabilisierend auf sein Land wirken. Auf eine Frage des Abgeordneten **Volcic** (Europäisches Parlament) eingehend meinte der Berichterstatter, die NATO sei nicht in eine politische und militärische Organisation teilbar. Abgeordneter **Ozerow** (Russische Föderation) erinnerte daran, dass sowohl die amtliche Politik als auch die öffentliche Meinung in Russland negativ gegen die NATO-Erweiterung eingestellt seien.

IV. Entwurf eines Berichts des Unterausschusses „Transatlantische Verteidigungs- und Sicherheitszusammenarbeit“ über die transatlantischen Verteidigungsbeziehungen nach dem 11. September, vorgestellt von Berichterstatter Abgeordnetem van Eekelen (Niederlande)

Abgeordneter **van Eekelen** (Niederlande) stellte als Berichterstatter des Unterausschusses „Transatlantische Verteidigungs- und Sicherheitszusammenarbeit“ den Entwurf eines Berichts über die transatlantischen Verteidigungsbeziehungen nach dem 11. September vor. In seinem Bericht betonte er, wie wichtig die Feststellung des Bündnisfalls nach Artikel 5 des NATO-Vertrages nach dem 11. September 2001 gewesen sei. Die Allianz müsse sich dramatisch wandeln, wenn sie im neuen Sicherheitsklima wirksam bleiben wolle. Er erinnerte an die Besuche des Unterausschusses im Kosovo, in Bosnien und Mazedonien und meinte, die kollektive Verteidigung werde weiterhin den Schwerpunkt der Allianz bilden. Die Erfahrungen im Kosovo hätten dennoch gezeigt, dass die NATO für die Führung von Einsätzen zu schwerfällig sei, und dass die bestehende Organisation keine bessere Alternativen zulasse. Die NATO müsse zu einer schlankeren Organisationsform finden, die zur Führung von Einsätzen außerhalb des NATO-Bereichs befähigen.

In der nachfolgenden Diskussion spielte das Thema der Führungsstruktur eine zentrale Rolle. Der Vorsitzende des Unterausschusses, Abgeordneter **Peter Zumkley** (Deutschland), erinnerte an die jüngst in Berlin gehaltene Rede von US-Präsidenten Bush und forderte höhere europäische Verteidigungsausgaben. Er verwies auf die Tatsache, dass Deutschland die Ausgaben in den relevanten Titeln nach dem 11. September wesentlich erhöht habe. Abgeordneter **van Oven** (Niederlande) fragte, ob die Besonderheiten der amerikanischen Kommandostruktur für die minimale Beteiligung der NATO am Afghanistan-Einsatz wirklich verantwortlich gemacht werden können, und verwies auf die im Berichtsentwurf enthaltene Kritik an den institutionellen Strukturen der NATO.

Gegen die Passagen im Bericht, in denen die Entscheidungsfindung durch Konsensbildung behandelt werden, legte der türkische Abgeordnete **Köse** den entschiedenen Widerspruch seiner Delegation ein. Ihm wurde durch den Abgeordneten **Anthopoulos** (Griechenland) widersprochen. Der Berichterstatter äußerte die Hoffnung, ein sowohl für Griechenland als auch die Türkei annehmbarer Kompromiss zur Regelung des Zugangs der EU zu NATO-Kapazitäten könne gefunden werden. Er versprach, die Frage des nationalen Vetorechts innerhalb der NATO in seiner Schlussfassung eingehender zu behandeln.

V. Entwurf seines Generalberichts „Die Verteidigung der Demokratien – Heimatschutz, Proliferation und die Euro-Atlantische Sicherheit“, von Generalberichterstatter Lellouche (Frankreich)

Generalberichterstatter **Lellouche** (Frankreich) stellte den Entwurf seines Generalberichts „Die Verteidigung der

Demokratien – Heimatschutz, Proliferation und die Euro-Atlantische Sicherheit“ vor. Er legte den Schwerpunkt seines Berichts auf die Auswirkungen des 11. Septembers und die Terrorismusabwehr als Fokus des internationalen Interesses. Dabei beschrieb er die Bedrohungen der Mitgliedstaaten durch ballistische Raketen und Massenvernichtungswaffen. Abgeordneter **Chaumont** (Frankreich) stellte fest, die klassische Abschreckung werde bei terroristischen Organisationen kaum Wirkung zeigen, und schloss daraus, dass die Allianz sich ganz neue Verfahren und Verteidigungskapazitäten werde erschliessen müssen. Dies bedeute eine deutliche Erhöhung der Wehretats.

VI. Diskussion

Abgeordneter **Bereuter** (Vereinigte Staaten) legte eine Liste von Kommentaren zum Bericht vor, und bemerkt dazu, dass die unterschiedliche Wahrnehmung des Terrorismus auf beiden Seiten des Atlantiks nicht notwendigerweise zu Spaltungen innerhalb der Allianz führen müsse. Abgeordnete **Juknevicienne** (Litauen) erinnerte den Ausschuss daran, dass Belarus als Grenzland zum Bündnis bei der Modernisierung der irakischen Luftverteidigung eine Schlüsselrolle gespielt hätte. Sie schlug vor, der nächste Bericht solle die belarussische Politik berücksichtigen.

Der Präsident der Versammlung hatte die Ausschüsse gebeten, den Entwurf einer Deklaration zur NATO-Erweiterung zu beraten, die auf der Hauptversammlung in Istanbul im November angenommen werden soll. Dazu schlug der Vorsitzende einen Katalog von Beratungspunkten vor. Er bemerkte, der Tenor der Diskussion über den Berichtsentwurf von Abgeordnetem Price sei gewesen, dass auf dem Prager Gipfeltreffen sieben Länder aufgefordert werden sollten, der NATO beizutreten.

Einige Ausschussmitglieder äußerten Ergänzungswünsche. Abgeordnete **Squire** (Vereinigtes Königreich) meinte, die Gipfelteilnehmer sollten nicht nur die NATO-Erweiterung, sondern weitere Fragen der künftigen Rolle und Struktur der NATO einschließlich der Frage von Einsätzen außerhalb der euro-atlantischen Region behandeln. Abgeordneter **Smith** (Vereinigtes Königreich) bemerkte, die Kapazitäten müssten ein Kernthema bleiben. Abgeordneter **van Eekelen** (Niederlande) wünschte eine Diskussion über die politisch-militärischen Aspekte der Allianz sowie Vorschläge zu konkreten Maßnahmen gegen den Terrorismus.

VII. Vortrag von Präsident Jens Rotbol, Euromil

Schließlich hörte der Ausschuss die Präsentation durch **Jens Rotbol,** den scheidenden Vorsitzenden der Dachorganisation der militärischen Personalverbände Euromil. Rotbol gab einen Überblick über die Tätigkeit seines Verbands mit besonderer Betonung der sozialen Aspekte der Sicherheit. Abgeordnete **van Ardenne** (Niederlande) lenkte hierzu die Aufmerksamkeit der Mitglieder auf ihren für die Parlamentarische Versammlung des Europarats verfassten Bericht.

Zum Schluss nahm der Ausschuss die Erwiderung des Generalsekretärs der NATO zu den in 2000 von der Versammlung verabschiedeten Empfehlungen an. Das Arbeitsprogramm des Ausschusses und der Unterausschüsse wurde besprochen.

Ausschuss für Wirtschaft und Sicherheit

Der Ausschuss für Wirtschaft und Sicherheit tagte am Samstag, dem 25. Mai 2002, unter dem Vorsitz des Abgeordneten **Van Gennip** (Niederlande).

I. Überblick über Tagesordnung und Themen

Die Tagesordnung wurde – wie vorgelegt – angenommen. Der Ausschuss behandelte den von dem Abgeordneten **Helminger** (Luxemburg) vorgelegten Entwurf eines Generalberichts über „Die wirtschaftlichen Folgen des 11. September und die wirtschaftliche Dimension der Terrorismusbekämpfung“, den von den Abgeordneten **Tanner** (Vereinigte Staaten) und **Gomes da Silva** (Portugal) vorgelegten Berichtsentwurf des Unterausschusses „Transatlantische Wirtschaftsbeziehungen“: „Von Doha nach Pittsburg: die neuesten Entwicklungen in den transatlantischen Handelsbeziehungen“ sowie den von dem Abgeordneten **Cohen** (Vereinigtes Königreich) vorgelegten Berichtsentwurf des Unterausschusses „Ost-West-Wirtschaftszusammenarbeit und -konvergenz“: „Wirtschaftliche und politische Herausforderungen in Zentralasien“.

Vor dem Ausschuss sprachen als Gastredner **Nikolay Vassilev,** Stellvertretender Premierminister und Wirtschaftsminister Bulgariens, **Patrick Hardouin,** Leiter der Wirtschaftsabteilung der NATO, und **Robert Norris,** Europäische Kommission, Generaldirektion Landwirtschaft, Abteilung Internationale Beziehungen.

II. Vortrag von Nikolay Vassilev, Stellvertretender Premierminister und Wirtschaftsminister Bulgariens

Nach Vorstellung des Referenten durch den Vorsitzenden erläuterte **Nikolay Vassilev** die heutige Situation Bulgariens. Er stellte Bulgarien als stabiles freies Land im Herzen des Balkans vor, das keine Probleme mit Nachbarn und Minderheiten habe und Kontinuität in der Außen- und Wirtschaftspolitik und ein hohes Maß an Modernisierung aufweise. Auch sei man stolz auf die gute Zusammenarbeit mit der Türkei. Bulgarien sei ein Partner, der seine baldige Mitgliedschaft in der NATO und die Vollmitgliedschaft in der EU erwarte. Ein herausragendes Merkmal der neuen Regierung Bulgariens seien ihre jungen und teilweise in den Vereinigten Staaten von Amerika ausgebildeten Regierungsmitglieder.

In der bulgarischen Regierung bestehe Übereinstimmung über die Notwendigkeit der Mitgliedschaft in der NATO und EU, die auch die bulgarische Öffentlichkeit unterstütze. Doch sei man sich klar darüber, dass in den Bereichen Geheimschutz und Kontrolle des Waffenhandels noch eine engere Kommunikation mit den Nachbarn vonnöten sei. Das Land habe noch große Aufgaben, z. B. bei der Kontrolle der Waffenexporte, beim militärischen Krisenmanagement und bei der Wiedereingliederung militärischen Personals zu bewältigen. In den kommenden

Jahren sei eine deutliche Steigerung der Verteidigungsausgaben zu erwarten.

Was die EU betreffe, so seien alle Kapitel des „Acquis communautaire“ in Angriff genommen und 17 davon schon abgeschlossen worden. Bulgarien sei mit Ausnahme der Kapitalbildung auf dem gleichen Stand wie andere Beitrittsländer. Das Vertrauen in die bulgarische Wirtschaft wachse. Bulgarien sei zwar kein reiches Land, aber es gelte als sicherer Anlageort mit einem kontrollierten Banken- und einem immer besser funktionierenden Rechtssystem. Investitionen seien in diesem Jahr stark gestiegen. Bulgarien habe es außerdem geschafft, seine hohe Auslandsverschuldung auf den EU-Durchschnitt zu senken.

Für die bulgarische Regierung habe die Verringerung der Arbeitslosenzahl Priorität und die begabte Bevölkerung müsse gefördert werden. Bulgarien genieße im Ausland Ansehen und sollte der natürliche Partner auf dem Balkan sein.

Bei der sich anschließenden Diskussion fragte die Abgeordnete **Monika Heubaum** (Deutschland) nach der genauen Arbeitslosenquote, der Sicherheit für Investoren, der Höhe der Kreditzinsen und der Möglichkeit für Investoren, Land zu erwerben. Der Gastredner erläuterte, dass es mindestens 17 Prozent Arbeitslose gebe. Für Investoren seien niedrige Steuern und Löhne interessant sowie eine baldige Vereinfachung der Bewilligungen für mittelständische Unternehmen. Die Regierung arbeite an einer Verfassungsänderung und Bulgarien werde wahrscheinlich das erste Land in der Region sein, in dem Ausländer Grund und Boden erwerben könnten.

Dem Abgeordneten **Burdukov** (Russische Föderation) war der schlechte Zustand der bulgarischen Landwirtschaft aufgefallen, und er bezweifelte deshalb, ob die bulgarische Wirtschaft eine Erhöhung des Verteidigungsetats verkraften würde. Der Gastredner brachte zum Ausdruck, wie wichtig für Bulgarien gute Beziehungen zur Russischen Föderation seien. Auch er mache sich Gedanken um die bulgarische Landwirtschaft. Er könne nur hoffen, dass der von Bulgarien eingeschlagene Weg der richtige sei.

Den Abgeordneten **Kukk** (Estland) interessierte die Effektivität der währungspolitischen Vorbereitungen und die Glaubwürdigkeit der Banken. Der Gastredner erklärte, dass der währungspolitische Ansatz, innerhalb des festgefügten Systems, auch von dem, was die anderen Länder leisten könnten, beeinflusst werde. Was die Banken betreffe, so solle nur noch eine staatliche Sparkasse übrigbleiben. Damit werde der Bankensektor gut strukturiert sein, wozu auch die Niederlassungen vieler großer ausländischer Banken beitrügen.

Abgeordneter **Arbuthnot** (Vereinigtes Königreich) bat um Auskunft, wie es um die Reduzierung der Korruption stehe. Der Gastredner beteuerte, dass die Regierung es mit „Nulltoleranz für Korruption“ sehr ernst meine. Das Klima habe sich deutlich verbessert, da Reformen zu greifen begännen. Man müsse das Unrechtsbewusstsein der Menschen schärfen. Korruption sei von der Spitze her zu bekämpfen. Mit der absolut integren Persönlichkeit des Ministerpräsidenten sei der Erfolg ganz nah. Abgeordneter **Vizjak** (Slowenien) fragte nach der Bedeutung der Schattenwirtschaft. Der Gastredner gab zu, dass die Schattenwirtschaft ein großes Problem sei, dem man mit Steuersenkungen, schärferen Zollkontrollen, Privatisierungen wie auch einem neuen Sozialversicherungssystem begegne.

Auf die Frage des Abgeordneten **Hatzigakis** (Griechenland), wie Bulgarien die Schwierigkeiten auf dem Agrarsektor lösen wolle, erklärte **Vassilev,** dass etwa ein viertel der bulgarischen Bevölkerung in der nicht subventionierten Landwirtschaft tätig sei. Doch zeige eine dieses Jahr begonnene Landreform schon erste Erfolge. Den Vorsitzenden **Van Gennip** (Niederlande) interessierte, ob Bulgarien sich wieder um einen verstärkten Zugang zum russischen Markt bemühen werde. Der Gastredner unterstrich, dass auch Russland ein wichtiger Handelspartner sei, da Bulgarien als nicht subventionierter Markt auf viele gute Partner angewiesen sei.

Den Abgeordneten **Lello** (Portugal) beschäftigte die Frage der Abwanderung der Arbeitskräfte bei niedrigem Lohn. Der Gastredner gab sich optimistisch, dass es gelingen werde, die Arbeitskräfte zu halten und einen großen Teil der im Ausland ausgebildeten wieder zurückzuholen. Der Abgeordnete **Poty** (Belgien) bat um Aufklärung, wie bei einer Politik, die staatliche Einnahmen beschneide, die Hilfe für die Arbeitslosen und Pensionen garantiert werden könne. Der Gastredner gab der Hoffnung Ausdruck, dass u. a. eine Finanzierung durch öffentliche Investitionen die Infrastruktur stärken werde, und dass der private Sektor mehr investiere. Ferner gäbe es Hilfen der EU und die Regierung reduziere ihre eigenen Ausgaben. Die Überalterung sei zukünftig problematisch, im Moment allerdings sei der Pensionsfonds gut gefüllt.

III. Vortrag von Patrick Hardouin, Leiter der Wirtschaftsabteilung der NATO

Der Gastredner stellte die Schwerpunkte der Arbeit seiner Abteilung vor. Ein Schwerpunkt sei die Auslotung, wie die NATO ihre Chancen und Möglichkeiten auf wirtschaftlichem Gebiet nutzen könne; ferner würden die Aktivitäten der Mitgliedstaaten zur Bekämpfung des Terrorismus analysiert. Man sei stark eingebunden in den Erweiterungsprozess der EU beim Management der Verteidigungsausgaben im Hinblick auf die Kosten der Erweiterung. Ein weiterer Schwerpunkt sei das weite Feld der Zusammenarbeit. Dabei konzentriere man sich auf die NATO-spezifischen Gebiete wie z. B. die Umschulung von Militärpersonal, Verwaltung früherer Militärgrundstücke, Neustrukturierung der Verteidigungsindustrie. Darüber hinaus erstrecke sich die Arbeit auf Sicherheitsaspekte der wirtschaftlichen Zusammenarbeit und den Erfahrungsaustausch mit Experten der Verteidigungswirtschaft; auch Umschulungs- und Rückführungsprogramme beim Abbau von Verteidigungsbasen auf dem Balkan, in der Ukraine und nun Russland gehörten dazu. Eine weitere Aufgabe sei der Kampf gegen Terrorismus und organisiertes Verbrechen. Eine Herausforderung sei auch das Fehlen eines identifizierbaren Feindes, jedoch gebe es potenzielle Bedrohungen aus verschiedenen Ländern, die

im Auge behalten werden müssten. Der neue NATO-Russland-Rat habe sich schon in Moskau installiert. Er werde Hilfestellung geben bei der Eingliederung der Soldaten in die zivile Wirtschaft sowie bei der Aus- und Fortbildung. In den Balkanländern seien für den Aufbau einer sozialen Marktwirtschaft die Schwächen der öffentlichen Verwaltung und der wirtschaftlichen Entwicklung zu überwinden.

Um das Wissen dieses Ausschusses nutzen zu können, weise er u. a. auch auf die Mitarbeit seiner Abteilung bei der euro-atlantischen Partnerschaft und der Proliferation von Massenvernichtungswaffen hin. Der Vorsitzende des Ausschusses, Abgeordneter **Van Gennip** (Niederlande), stimmte dem Redner insofern zu, dass die Arbeit des Ausschusses für ein neues NATO-Verständnis wichtig sein könnte.

Der Gastredner antwortete auf die Frage des Abgeordneten **Burdukov** (Russische Föderation), ob ein Mitgliedstaat in die Finanzierung des internationalen Terrorismus involviert sei, dass es keinen Beweis für diese Vermutung gebe. Auf die Frage des Vorsitzenden nach der mangelnden Sicherheit und sozialen Aspekten antwortete **Hardouin,** dass seine Abteilung an dem Thema mitarbeite und z. B. Analysen erstelle über Konsequenzen in den Bereichen Soziales, Sicherheit und Aufgaben der Streitkräfte.

IV. Entwurf eines Generalberichts: „Die wirtschaftlichen Folgen des 11. September und die wirtschaftliche Dimension der Terrorismusbekämpfung“ (Paul Helminger, Luxemburg)

Der Generalberichterstatter machte deutlich, dass sein Bericht erstens ein Versuch sei, den Unterschied zwischen vorübergehenden und ständigen Veränderungen zu verdeutlichen, und zweitens Hinweise darauf gebe, dass die Höhe der Gesamtkosten wahrscheinlich nie zu ermitteln sein werde. Beunruhigend sei die Erkenntnis, dass maximaler Schaden mit geringen Mitteln zu erreichen sei. Besonders langfristige Auswirkungen gebe es bei der Flugzeugindustrie, beim Flugverkehr und bei den Versicherungen. Tief sitze auch der makroökonomische Schock für die US-Wirtschaft, die sich um ihr Leistungsbilanzdefizit sorge. Banken beiderseits des Atlantik hätten in der schwierigen Phase eng zusammengearbeitet. Das Problem des Terrorismus sei zwar kein Problem der Armut, trotzdem könne die Beseitigung der Armut globale Sicherheit fördern. Für die politische Erholung sei jetzt ein offener Handel notwendig. Der Staat solle insbesondere unterstützend eingreifen in den Bereichen der Rückversicherungen und der Energie sowie bei der internationalen Zusammenarbeit zur Bekämpfung der Geldwäsche. Der Generalberichterstatter erklärte, er sei bereit, während der Arbeiten an dem Bericht in den nächsten Monaten die Anregungen der Kollegen zu prüfen und aufzunehmen.

Der Abgeordnete **Rodrigues** (Portugal) fragte nach einer stärkeren Harmonisierung der Vorschriften für die Finanzaktivitäten. Abgeordneter **Cohen** (Vereinigtes Königreich) meinte, dass dieser Ausschuss eine Aussage im Bereich der Geldwäsche und der finanziellen Unterstützung der Fluggesellschaften treffen müsse. Abgeordneter **Arbuthnot** (Vereinigtes Königreich) erhob Bedenken gegen eine staatliche Beihilfenpolitik bei der Versicherung der Fluggesellschaften. Abgeordneter **Gapes** (Vereinigtes Königreich) wies auf die UNO-Konvention zum Terrorismus hin. Abgeordneter **Bayley** (Vereinigtes Königreich) und Abgeordneter **Hatzigakis** (Griechenland) stimmten dem wohlausgewogenen Bericht zu und dem Umstand, dass auch Entwicklungshilfe die Tätigkeit von Terroristen untergraben könne. Der Abgeordnete **Nieddu** (Italien) wollte den Schwerpunkt eher auf den zum Terrorismus führenden Extremismus gelegt sehen.

V. Berichtsentwurf des Unterausschusses Transatlantische Wirtschaftsbeziehungen: „Von Doha nach Pittsburg: die neuesten Entwicklungen in den transatlantischen Handelsbeziehungen“ (Abgeordneter John Tanner, Vereinigte Staaten, und Abgeordneter Rui Gomes da Silva, Portugal)

Abgeordneter **da Silva** (Portugal) fasste den vorgelegten Bericht zusammen. Der Misserfolg in Seattle sei ein schwerer Schlag gegen die Handelsgespräche gewesen. Bei den Gesprächen der Doha-Runde dagegen sei man sich einig gewesen, dass Konzessionen gemacht werden müssten, wolle man alle Länder zusammenbringen. Umwelt und Landwirtschaft seien aus den Verhandlungen herausgelassen worden. Da aber ein gemeinsamer Rahmen fehle, sei nicht mit Ergebnissen zu rechnen. Tendenziell gingen die Gespräche in Richtung Liberalisierung und Senkung von Steuern und Zöllen.

Der Abgeordnete **Tanner** (Vereinigte Staaten) sprach über die Positionen der Vereinigten Staaten von Amerika und die Debatten im Kongress. Er wisse, dass den Europäern die Schutzmaßnahmen der Vereinigten Staaten für Stahl nicht gefielen. Diese Zölle seien Folgen amerikanischer innenpolitischer Entwicklungen. Er bedaure, dass Bemühungen um eine Solidarität im Handel durch die Ereignisse im September vereitelt worden seien. Er bestreite auch nicht das Vorhandensein protektionistischer Einflüsse im Kongress. Festzuhalten sei jedoch, dass der Präsident der Vereinigten Staaten versichert habe, die USA werde sich an die WTO-Regeln halten.

Abgeordneter **Voinovich** (Vereinigte Staaten) bestätigte, dass Stahlzölle notwendig seien, da ausländische Stahlerzeugnisse hoch subventioniert seien. Abgeordneter **Regula** (Vereinigte Staaten) bekräftigte, dass Auswirkungen für die Menschen abgefedert werden müssten, die durch Regierungsbeschlüsse ihre Arbeit verlören. Für die Stahlindustrie sei die Entscheidung als politische Lösung durchaus legitim. Insgesamt sei eine Rationalisierung der Stahlindustrie notwendig. Das TNA-Gesetz (Presidential Trade Negotiating Authority) sei mit Mehrheit akzeptiert worden. Senator **Benoît** (Kanada) bezog sich auf das neue Landwirtschaftsgesetz und machte die Regierungen der USA und der EU darauf aufmerksam, dass die kanadische Landwirtschaft insgesamt, besonders jedoch der Sektor Viehzucht, durch

das neue Gesetz stark betroffen und gefährdet sei. Abgeordneter **Burdukov** (Russische Föderation) erklärte, dass er das neue Gesetz für diskriminierend halte und die derzeitige Haltung der USA in allen Bereichen als durchaus aggressiv empfinde. Der Abgeordnete **Nieddu** (Italien) fand es bedenkenswert, dass in der Stahlfrage lokale Schwierigkeiten in den USA mitberücksichtigt wurden. Er fürchte, dass die Wirtschaft für Zusagen einiger Akteure im Wahlkampf werde bezahlen müssen. Der Abgeordnete **Hatzigakis** (Griechenland) erinnerte an die mehr als zwanzigjährigen Bemühungen um eine Liberalisierung des Welthandels. Vor diesem Hintergrund sei unverständlich, dass ein Verfassungsorgan eines einzigen Landes sich erlaube, die Regeln der WTO zunichte zu machen. Die Abgeordnete **Xirotiri-Aikaterinari** (Griechenland) wies auch auf eine fehlende Einigung über die Grundregeln des Umweltschutzes hin. Der Berichterstatter Abgeordneter **da Silva** (Portugal) befürwortete, dass der Endbericht alle Anregungen enthalten solle. Auch der Gedanke des Kyoto-Protokolls solle aufgenommen werden. Er meinte jedoch, es sei zu vermeiden, ein wirtschaftliches Problem zu einem politischen zu machen.

VI. Der Abgeordnete **Bayley** (Vereinigtes Königreich) gab anschließend eine Zusammenfassung der Arbeit des Unterausschusses „Transatlantische Wirtschaftsbeziehungen“ in den vergangenen Monaten. Eine Herausforderung für den Ausschuss sei es, die existierenden positiven Ansätze auf beiden Seiten des Atlantiks zu fördern und zusammenzubringen.

VII. Vortrag von Robert Norris, Vertreter der Europäischen Kommission, Abteilung Landwirtschaftspolitik

Der Gastredner versuchte eine objektive Darstellung des amerikanischen „Farm Security and Rural Investment Act of 2002“ (Farm Bill). Seit der Vorlage des Gesetzesantrags sei die ganze Welt dagegen Sturm gelaufen. Die „Farm Bill“ mache die Bemühungen um einen Abbau handelsverzerrender Beihilfen zunichte. Obwohl die Kommission versuche, so objektiv wie möglich zu sein, sei sie der Meinung, dass Unterstützungen von der Produktion abzukoppeln seien. Beihilfen dürften den Handel nicht beeinflussen. Die in den USA zu beschließenden Maßnahmen arbeiteten antizyklisch, d. h. beabsichtigte Marktsignale würden nicht mehr wahrgenommen, sodass bei vorhandenen Überschüssen immer mehr produziert werde. Mittel- und langfristig werde dieses Verfahren schlechte Auswirkungen auf den Markt haben, wie frühere Erfahrungen in der EU zeigten. Da die USA 25 Prozent ihrer Agrarproduktion exportiere, würden diese subventionierten Produkte die Weltmarktpreise drücken. Damit seien dann nicht subventionierte Produkte nicht mehr konkurrenzfähig. Die USA wollen sich zwar an die von der WTO festgesetzten Beihilfenhöchstgrenzen halten, seien aber nach heutigen Analysen aufgrund der im Gesetz zugesagten Zahlungen dazu nicht mehr in der Lage. Um dem Wettbewerb auf den Exportmärkten standzuhalten, vergäben die USA Exportkredite. Sie hofften, auf diese Weise sowohl Nahrungsmittelhilfemaßnahmen als auch Überschussproduktionen abzubauen. Würden durch die Hilfsmaßnahmen der USA für die eigene Landwirtschaft die Weltmarktpreise hoch gehalten, so sei eine Hilfe für in Not geratene Länder unerlässlich. Die Kritik der britischen Delegation an den Exportunterstützungen der EU sei insofern unbegründet, da sich die EU voll und ganz an die WTO-Regeln halte. Es werde weiterhin versucht, innerhalb der WTO eine Landwirtschaftsreform zu erzielen. Das gestalte sich jetzt umso schwieriger, als das neue Gesetz nicht veränderungswillige – auch EU- – Länder argumentativ stütze. Trotzdem werde der Liberalisierungsprozess fortgesetzt.

VIII. Berichtsentwurf des Unterausschusses Ost-West-Wirtschaftszusammenarbeit und -konvergenz: „Wirtschaftliche und politische Herausforderungen in Zentralasien“ (Abgeordneter Harry Cohen, Vereinigtes Königreich)

Abgeordneter **Cohen** (Vereinigtes Königreich) stellte seinen Bericht vor und betonte, dass der Kampf gegen den Terrorismus die Weltsicht total verändert und dadurch Zentralasien an Bedeutung gewonnen habe. Der historische Hintergrund erkläre, warum es in diesem Teil der Welt Autonomie und Demokratie im westlichen Sinne noch nicht gebe. Das Leben dort sei noch sehr personalisiert und es herrsche ein rechtlicher Schwebezustand. Bevor ein für Investoren positives Wirtschaftsklima geschaffen werden könne, seien deshalb größere rechtliche Reformen notwendig. Auch könne erst dann an eine Verminderung der Korruption gedacht werden. Die Arbeitsmärkte seien durch verdeckte Arbeitslosigkeit gekennzeichnet. Es gebe ferner eine hohe Sterblichkeit und ernste Umweltprobleme. Der Bericht komme zu dem Schluss, dass die Herausforderungen überwältigend seien. Der Westen müsse einen Ansatz zur Unterstützung finden, um diesen Ländern aus ihrer Isolation herauszuhelfen. Doch sollten die NATO-Staaten den Kampf gegen den Terrorismus nicht dazu benutzen, wegen der erforderlichen Sicherheit den demokratischen Wandel zu unterdrücken.

Der Berichterstatter antwortete auf die Frage des Abgeordneten **Van Baalen** (Niederlande) nach einem eventuellen Wandel des islamischen Extremismus, dass es neben den gewalttätigen Gruppen auch große Gruppen gebe, die Gewalt ablehnten und auf friedliche Maßnahmen setzten. Dem Abgeordneten **Burdukov** (Russische Föderation) entgegnete Abgeordneter **Cohen** (Vereinigtes Königreich), dass das gewandelte Verhältnis zu Russland natürlich noch nicht Eingang in den Berichtsentwurf habe finden können. Abgeordneter **Gönen** (Türkei) betonte die guten Beziehungen seines Landes zu allen zentralasiatischen Ländern und wies auf die von der Türkei gewährte Unterstützung in den Bereichen Politik, Wirtschaft, Kultur und Militär hin. Der Berichterstatter bestätigte, dass für die Länder Zentralasiens das dortige Engagement der Türkei lebensnotwendig gewesen sei. Der Vorsitzende, Abgeordneter **Van Gennip** (Niederlande), schlug vor, den Bericht auch in diesem Punkte anzupassen. Der Abgeordnete **Kazak** (Bulgarien) dachte über ein Frühwarnsystem zum Erkennen von Problemen nach und der Abgeordnete **Nieddu** (Italien)

erinnerte an die in einem früheren Bericht angesprochenen Energiereserven. Minister **Christoph Palmer** (Deutschland) lobte den ausgewogenen, umfassenden und perspektivischen Berichtsentwurf des Abgeordneten **Cohen** (Vereinigtes Königreich). Wie der Bericht ausführe, sei eine zukünftige Stabilität unerlässlich. Der Schlüssel dazu sei auch in Zentralasien die Selbsthilfe und die Entwicklung gesunder Strukturen vor Ort. Er regte an, im Abschlussbericht konkrete Beispiele einer funktionierenden regionalen Zusammenarbeit zu nennen. Der Berichterstatter stimmte Minister Palmer zu, dass Selbsthilfe und regionale Zusammenarbeit absoluten Vorrang genießen müssten.

IX. Anschließend berichtete der Abgeordnete **Cohen** (Vereinigtes Königreich) über die Arbeit des Unterausschusses „Ost-West-Wirtschaftszusammenarbeit und -konvergenz“ und bat in diesem Zusammenhang die Mitglieder, sich die Informationsreisen nach Estland, Finnland, Usbekistan und eventuell Aserbaidschan vorzumerken.

X. Der Vorsitzende des Ausschusses, Abgeordneter **Van Gennip** (Niederlande), erinnerte noch daran, dass in Granada beschlossen worden sei, die Folgen und Auswirkungen der Prager Erklärung auf die Parlamentarische Versammlung während der Jahrestagung in Istanbul zu diskutieren. Deshalb bat er die Mitglieder des Ausschusses, angesichts der neuen Herausforderungen, ihre Vorstellungen für ein zukunftsweisendes Arbeitsprogramm zu formulieren.

Abschließend dankte der Vorsitzende der bulgarischen Delegation für die Gastfreundschaft und herzliche Aufnahme, den Dolmetschern für die gute Arbeit und den Ausschussmitgliedern für ihre Mitarbeit.

Ausschuss für Wissenschaft und Technologie

Der Ausschuss für Wissenschaft und Technologie tagte am Samstag, dem 25. Mai 2002, unter dem Vorsitz von Senator **Nolin** (Kanada).

I. Überblick über Tagesordnung und Themen

Die Sitzung wurde eröffnet mit einem Vortrag des bulgarischen Energieministers, **Milko Kovachev,** dem sich eine allgemeine Diskussion mit den Ausschussmitgliedern anschloss. Die Sitzung wurde mit dem von den Generalberichterstattern Abgeordneter **Ehlers** (Vereinigte Staaten) und Abgeordnete **Riera** (Spanien) vorgelegten Entwurf eines Generalberichts über „Das Kyoto-Protokoll und darüber hinaus“ fortgesetzt. Es folgte eine Präsentation von **Axel Angely,** Stellvertretender Leiter des Zentrums für Massenvernichtungswaffen, Politische Abteilung der NATO, zum Thema „Verteidigung gegen chemische und biologische Waffen“. Des Weiteren stellte Berichterstatter Abgeordneter **Lothar Ibrügger** (Deutschland) den Entwurf eines Berichts des Unterausschusses über die Verbreitung von Militärtechnologie zum Thema „Technologie und Terrorismus – eine Bewertung nach dem 11. September“ vor. Darüber hinaus wurde der Entwurf einer Entschließung der NATO-PV für den Prager Gipfel im November 2002 zur NATO-Erweiterung beraten.

II. Vortrag des bulgarischen Energieministers, Milko Kovachev

Minister **Kovachev** legte den Schwerpunkt seiner Rede auf die zukünftige Entwicklung der bulgarischen Energiepolitik. Er hob dabei zunächst die Bedeutung einer NATO- bzw. EU-Mitgliedschaft für sein Land hervor. Eine erfolgreiche Entwicklung auf dem Energiesektor sei für Bulgarien ein wichtiger Baustein zur Erfüllung der Beitrittskriterien. Der Energiesektor mache etwa 20 Prozent der bulgarischen Wirtschaft aus; dieser sei nicht nur für die Stabilität der bulgarischen Wirtschaft, sondern auch für die Stabilität auf dem Balkan von entscheidender Bedeutung. Bulgarien trage daher in diesem Bereich eine sehr große Verantwortung.

Im Anschluss daran erläuterte Minister **Kovachev** die neue Strategie auf dem bulgarischen Energiesektor. Hauptziel müsse es sein, einen neuen Energiemarkt zu entwickeln mit geringeren Kosten für die Bevölkerung und einer stärkeren Berücksichtigung von Umweltschutzbelangen. Darüber hinaus müsse ein rechtlicher Rahmen zur Trennung von Schlüsselfunktionen, wie z. B. Regierungspolitik, Rechtsetzung und Verwaltung, erfolgen. Weitere Schwerpunkte lägen bei der Preisgestaltung sowie beim Ausbau der Privatisierung und der Förderung von Investitionen in die bestehende Energieinfrastruktur. Insgesamt müsse sich das Land mehr dem Wettbewerb öffnen.

In Zukunft plane Bulgarien sein Elektrizitätsversorgungssystem zu erneuern; dies schließe auch die Nutzung von Kernenergie mit ein. Weiterhin werde Bulgarien eine bedeutende Rolle beim Transport von Erdgas aus der Russischen Föderation in die Türkei bzw. nach Griechenland spielen. Außerdem gebe es zwei Projekte für grenzüberschreitende Ölpipelines, die durch Bulgarien verlaufen sollten.

Im Anschluss daran wies Minister **Kovachev** darauf hin, dass Bulgarien seit 1994 Sitz des regionalen Energiezentrums der Schwarzmeerregion sei. Gleichzeitig sei das Land bereit, auch Sitz des Energiekoordinationszentrums Süd-Osteuropa zu werden. Abschließend stellte er fest, dass eine stabile wirtschaftliche Entwicklung Voraussetzung für eine wirksame Mitarbeit Bulgariens in der NATO sei.

Auf die Frage des Vorsitzenden **Nolin** (Kanada) informierte Minister **Kovachev** über die Modernisierung der bulgarischen Atomkraftwerke. Er wies darauf hin, dass sein Land in Zusammenarbeit mit der EU und ortsansässigen Firmen eine Modernisierung dieser Anlagen plane. Die sechs Blöcke des Kraftwerks Kozloduy produzierten derzeit ca. 42 Prozent der Elektrizität des Landes. Die aus dem Jahre 1974 stammenden Blöcke 1 und 2 des Kraftwerks sollten Ende des Jahres 2002 abgeschaltet werden. Die Blöcke 3 bis 6 würden gegenwärtig unter Beteiligung westeuropäischer Firmen, u. a. Siemens, modernisiert. Darüber hinaus sei Bulgarien bestrebt, ein System zur Verminderung des Austritts kernkraftbedingter Emissionen einzurichten.

Auf Frage des Abgeordneten **Lothar Ibrügger** (Deutschland) und des Abgeordneten **Doesburg** (Niederlande) zur Nutzung erneuerbarer Energiequellen führte Minister **Kovachev** folgendes aus: Bulgarien sei derzeit in hohem Maße abhängig von Energieimporten, da die heimische Kohle nur von niedriger Energieeffizienz sei. Sein Land müsse sich daher in Zukunft verstärkt erneuerbaren Energiequellen zuwenden. Erste Energieeinsparungen erhoffe man sich durch die verstärkte Nutzung von Erdgas. Im Rahmen der neuen Energiequellen biete sich in erster Linie die Nutzung der Wasserkraft an. Derzeit werde nur 7 Prozent des gesamten bulgarischen Energiehaushalts durch Wasserkraft gedeckt, 70 Prozent der Wasserkraftkapazität des Landes bleibe dagegen ungenutzt. Bilaterale Pläne mit Rumänien, einen Staudamm an der Donau zu bauen, seien aufgrund mangelnder öffentlicher Unterstützung verschoben worden. Das Land werde sich daher auf kleinere Projekte konzentrieren. Neben der Nutzung der Wasserkraft sei in Zukunft auch an die Energieerzeugung aus Biomasse und den Ausbau von Windkraftanlagen gedacht. Grundvoraussetzung für die Nutzung erneuerbarer Energiequellen sei jedoch eine Preisreform. Dadurch müssten wichtige Signale an die Endverbraucher gesendet werden.

Senator **Brignone** (Italien) ging auf die mit der Reform des Energiesektors verbundenen Probleme für kleinere und mittlere Unternehmen ein. Diese gerieten in große Schwierigkeiten, da durch die vorgenannten Reformen die Energiepreise und damit auch die Produktionskosten erheblich anstiegen. Minister **Kovachev** antwortete, dass Bulgarien im Begriff sei, einen Dreijahresplan zur Erhöhung der Energiekosten im Niedrigspannungssektor um etwa 5 Prozent umzusetzen. Dadurch sollten die Energiekosten im Mittel- und im Hochspannungsbereich zurückgehen, was insbesondere für kleinere und mittlere Unternehmen, die diese Stromsektoren hauptsächlich nutzten, zu geringeren Betriebskosten führen werde.

Abgeordneter **Badulescu** (Rumänien) fragte nach dem Stand der Arbeiten der zwei im Land verlaufenden Ölpipelines. Minister **Kovachev** erklärte, dass eine dieser Pipelines ein staatliches Projekt sei, bei dem Bulgarien, Rumänien, die Russische Föderation und die Kaspische Region zusammenarbeiteten. Das zweite Projekt sei in privater Hand und werde von den USA gefördert. Beide Vorhaben würden nach ihrer Fertigstellung die Energiewirtschaft des Landes erheblich verbessern.

III. Diskussion über den Entwurf einer Erklärung der NATO-PV anlässlich des Prager Gipfels im November 2002 zur NATO-Erweiterung

Senator **Nolin** (Kanada) führte kurz in den Inhalt des Entwurfs eines entsprechenden Entschließungsantrags ein. Das weitere Verfahren solle wie folgt ablaufen: Auf der Tagung in Sofia solle der Entschließungsentwurf zur NATO-Erweiterung vorbereitet werden. Im frühen Herbst sollten sich die Ausschüsse der NATO-PV und dabei insbesondere der Ständige Ausschuss am 6. Oktober 2002 in Brüssel mit der Angelegenheit befassen. Die Jahrestagung in Istanbul werde dann den in Prag vorzulegenden Text endgültig verabschieden. Außerdem sei daran gedacht, auch zu allen anderen Tagesordnungspunkten des Prager Gipfels, wie Terrorismus, Europäische Sicherheits- und Verteidigungspolitik und Beziehungen zum Mittelmeerraum, Stellung zu nehmen.

Senator **Nolin** forderte die Delegierten auf, entsprechende Änderungsanträge, besonders zum Bereich Umwelt, für das Plenum einzureichen.

IV. Generalbericht Globale Klimaveränderung: „Das Kyoto-Protokoll und darüber hinaus“ (Abgeordneter Ehlers [Vereinigte Staaten]; Abgeordnete Teresa Riera [Spanien])

Abgeordneter **Ehlers** (Vereinigte Staaten) gab zunächst einen kurzen Überblick über die Problematik der globalen Klimaveränderung. Er hob hervor, dass es schwierig sei, verlässliche Aussagen für die Zukunft zu machen. Sodann ging er auf die Haltung der USA zum Kyoto-Protokoll ein. Er berichtete, dass der amerikanische Senat bereits im Vorfeld Bedenken gegen eine solche Vereinbarung geäußert habe. Weiterhin erläuterte er die Gründe der USA, sich aus dem Kyoto-Protokoll zurückzuziehen. Zum einen müssten die Entwicklungsländer in die Pflicht genommen werden, damit diese weniger in CO_2-emittierende Anlagen investierten; zum anderen sei die Erforschung des Phänomens der globalen Klimaveränderung derzeit noch unzureichend und es sei sinnvoller, in diesen Bereich zu investieren. Schließlich seien die Regelungen des Kyoto-Protokolls für die USA wirtschaftlich ungesund.

Abgeordnete **Riera** (Spanien) berichtete über den Stand des Ratifizierungsprozesses zum Kyoto-Protokoll. Alle Unterzeichnerstaaten beabsichtigten, das Protokoll bis zum UN-Weltgipfel zur nachhaltigen Entwicklung in Johannesburg vom 2. bis 11. September 2002 zu ratifizieren. Darüber hinaus bewertete Abgeordnete **Riera** kurz die von der Europäischen Kommission vorgeschlagenen Maßnahmen zur Verminderung von Treibhausgasemissionen. Außerdem bedauerte sie im Namen aller europäischen Staaten den Rückzug der USA aus dem Protokoll und wandte sich gegen die von amerikanischer Seite vorgetragenen Argumente. Allerdings wies sie auch darauf hin, dass es in einigen Punkten zwischen der Europäischen Union und den USA durchaus Übereinstimmung gebe. Auf die Frage des Abgeordneten **Rebelo** (Portugal) erklärte Abgeordneter **Ehlers** (Vereinigte Staaten), es sei unwahrscheinlich, dass der amerikanische Kongress noch in diesem Jahr Höchstgrenzen für Emissionen beschließen werde. Allerdings sei damit zu rechnen, dass auf Vorschlag von Präsident Bush noch mehr finanzielle Mittel für die Forschung bereitgestellt würden. Vorrang hätten dabei neue Messmethoden, insbesondere zur Absorption von Treibhausgasen durch die Meere oder neue Technologien wie z. B. die Karbonsequestration. Die USA widmeten sich auch verstärkt einer Förderung der Solarenergie sowie der Entwicklung von Brennstoffzellen zum Antrieb von Pkws. Solche Brennstoffzellen sollten ab dem Jahr 2010 einsatzfähig sein und würden den Kohlendioxidausstoß in den USA erheblich reduzieren. Abgeordneter **Doesburg** (Niederlande) rief dazu auf, die Anstrengungen

der Bush-Regierung im Forschungsbereich zu unterstützen; gleichzeitig mahnte er die USA jedoch, die Reformmöglichkeiten, die sich derzeit anböten, auch tatsächlich zu nutzen. Abgeordneter **Beyreli** (Türkei) forderte die Industriestaaten dazu auf, auf dem Energiesektor verstärkt Verantwortung zu übernehmen. Es gehe nicht an, dass Staaten wie die USA nur 4 Prozent der Weltbevölkerung stellten, allerdings für 28 Prozent der CO_2-Emissionen verantwortlich seien.

V. Beratung des Berichtsentwurfs des Unterausschusses Weiterverbreitung von Militärtechnologie zum Thema „Technologie und Terrorismus – eine Bewertung nach dem 11. September“ (Lothar Ibrügger, MdB, Deutschland)

Der Berichterstatter stellte die wesentlichen Ergebnisse des Berichtsentwurfs des Unterausschusses vor und gab einen Überblick über eine Reihe von Bedrohungen, die sich aus der denkbaren terroristischen Nutzung chemischer, biologischer, „radiologischer“ – insbesondere so genannter „schmutziger Bomben“ – und nuklearer Waffen ergeben könnten. Darüber hinaus erläuterte er die steigende Bedrohung durch den Cyber-Terrorismus. Es gebe allerdings mittlerweile eine Reihe von Technologien, mit denen diese Bedrohungen wirksam bekämpft werden könnten. Von besonderer Bedeutung seien Aufklärungs- und Überwachungssysteme, die derzeit vor allem in den USA entwickelt würden.

Abgeordneter **Ibrügger** machte deutlich, dass Russland wegen der noch immer unzureichenden Sicherheit seines gewaltigen Kernwaffenbestandes die wahrscheinlichste Quelle sei, aus der Terroristen eine Kernwaffe oder spaltbares Material beziehen könnten. Bemühungen zur internationalen Zusammenarbeit in diesem Bereich, insbesondere zwischen den USA und Russland, hätten nur bedingten Erfolg gezeigt. Im Bereich der Chemie- und Biowaffen hätten sich die USA im letzten Jahr dagegen ausgesprochen, in das Übereinkommen über biologische Waffen und Toxine von 1972 rechtlich verbindliche Regelungen aufzunehmen. Darüber hinaus sei die Behörde, die die Implementierung der Chemiewaffenüberwachung beaufsichtige, derzeit in akuten finanziellen Schwierigkeiten. Ein internationales Übereinkommen zur Bekämpfung des Cyber-Terrorismus bestehe derzeit noch nicht. Abgeordneter **Ibrügger** forderte deshalb abschließend, dass die multilaterale Zusammenarbeit zur Bekämpfung des Terrorismus dringend intensiviert werden müsse.

Abgeordneter **Rebelo** (Portugal) schlug vor, dass Ziffer 79 des Berichts ergänzt werden solle. Seit den Ereignissen des 11. September habe in den USA ein Wandel statt gefunden, der auch in der gegenwärtigen Außenpolitik seinen Ausdruck finde. Die Feststellung, dass es in den USA gegenwärtig einen Trend zum Unilateralismus gebe, sei derzeit nicht mehr gerechtfertigt. Abgeordneter **Maytakov** (Russische Föderation) antwortete auf die Ausführungen zur Sicherheit von Nuklearmaterial in Russland und erklärte, dass es derzeit keine Beweise gebe, dass Terroristen Zugang zu Nuklearmaterial in seinem Land hätten. Er hob hervor, dass die Gefahr des Nuklearschmuggels auch in anderen Ländern außer Russland bestehe. Abgeordneter **Ibrügger** (Deutschland) erklärte, dass es nicht die Absicht des Berichts gewesen sei, alte Klischees wieder aufleben zu lassen. Es sei zu hoffen, dass bei dem Treffen, das derzeit zwischen Präsident Bush und Präsident Putin stattfinde, Ansatzpunkte für eine weitere Zusammenarbeit der beiden Länder auch hinsichtlich der Sicherheit von Nuklearmaterial gefunden würden. Abgeordneter **Garcia-Alcañiz Calvo** (Spanien) wies darauf hin, dass Spanien im Zusammenhang mit den Anschlägen der ETA besonders schmerzliche Erfahrungen mit dem Terrorismus gemacht habe. Zur Bekämpfung des Terrorismus sei vor allen Dingen die Harmonisierung rechtlicher Bestimmungen von besonderer Bedeutung.

IV. Vortrag „Verteidigung gegen chemische und biologische Waffen“ (Axel Angely, Stellvertretender Direktor des Zentrums für Massenvernichtungswaffen der NATO, Politische Abteilung)

Am Ende der Sitzung berichtete **Axel Angely** über die Maßnahmen der NATO im Bereich der Verteidigung gegen chemische und biologische Waffen. Dabei skizzierte er zunächst die Maßnahmen der NATO nach den Angriffen vom 11. September, u. a. die Aktivitäten der Sicherheitsdienste, der Einsatz von AWACS, Antiterrormaßnahmen auf dem Balkan und Maßnahmen zum Zivilschutz in den Mitgliedstaaten der Allianz. Die NATO habe damit angemessen reagiert. Darüber hinausgehende Maßnahmen seien nicht angezeigt gewesen, da diese möglicherweise Militäroperationen der USA behindert hätten.

Im Hinblick auf den NATO-Gipfel in Prag im November 2002 sei zu hoffen, dass ein umfassendes Maßnahmenpaket gegen den Terrorismus beschlossen werde. Von besonderer Bedeutung sei die internationale Zusammenarbeit der Behörden. Insgesamt müssen die Verteidigungs- und Militärstrategie des Bündnisses sowie seine Strukturen und Fähigkeiten kritisch überprüft und ein neues Konzept ausgearbeitet werden. Es gehe darum, die Verteidigungsmöglichkeiten zu verbessern und die militärischen Kapazitäten des Bündnisses zu stärken.

Die NATO werde sich in den nächsten Jahren geographisch erheblich ausdehnen. Dies sei eine Chance, die Stabilität des Bündnisses zu stärken. Eine wirksame Bekämpfung des internationalen Terrorismus sei allerdings nur durch eine größere Zusammenarbeit zwischen zivilen und militärischen Behörden, den nationalen Regierungen und internationalen Organisationen zu erreichen.

Abgeordnete **Riera** (Spanien) forderte, dass die Tätigkeit von Wissenschaftlern, die über besondere Kenntnisse zur Herstellung von biologischen und chemischen Waffen verfügten, stärker überwacht werden müsse. **Axel Angely** entgegnete darauf, dass es bisher nur einen einzigen Fall gegeben habe, in dem Wissenschaftler aus dem Irak entsprechende Kenntnisse weitergegeben hätten. Er betonte, dass das Wissen zur Herstellung solcher Waffen relativ weit verbreitet sei und die Überwachung von Wissenschaftlern in diesem Zusammenhang eine unverhältnismäßige Maß-

nahme darstelle. Zudem sei es relativ schwierig, chemische, biologische oder atomare Waffen herzustellen. Allerdings dürfe die Bedrohung des Terrorismus in diesem Bereich weder unter- noch überschätzt werden.

VII. Sonstiges

Der Vorsitzende **Nolin** (Kanada) forderte die Mitglieder auf, weitere Themen für zukünftige Aktivitäten des Ausschusses vorzuschlagen. Er selbst rege an, sich mit der gegenwärtigen Krise der Aufsichtsbehörde zur Implementierung der Chemiewaffenkonvention auseinander zu setzen und sich einen Überblick über die bestehenden internationalen Abkommen zur Bekämpfung chemischer und biologischer Waffen zu verschaffen. Der Vorsitzende fügte hinzu, dass die vorgelegten Berichtsentwürfe des Ausschusses und des Unterausschusses gemäß den in der Sitzung gegebenen Anregungen überarbeitet würden und auf der Jahrestagung der Versammlung in Istanbul im November 2002 den Ausschüssen in ihrer endgültigen Form vorgelegt würden.

Ausschuss für die zivile Dimension der Sicherheit

Der Ausschuss tagte unter dem Vorsitz von **Arthur Paecht** (Frankreich). Die Diskussionen unter den Mitgliedern des Ausschusses konzentrierten sich in erster Linie auf den Entwurf des Generalberichtes und die Berichte der Unterausschüsse, insbesondere auf die Beteiligung von Bündnismitgliedern an der Bekämpfung des Terrorismus und die Fortschritte bei den demokratischen Reformen in Russland. Dazu gehörten auch Diskussionen über die russische Enklave Kaliningrad. Ferner befasste sich der Ausschuss mit dem Sonderbericht über den Aussöhnungs-, Stabilisierungs- und Integrationsprozess auf dem Balkan und in Osteuropa von **Petre Roman** (Rumänien).

I. Die Bekämpfung des Terrorismus

Entwurf des Generalberichtes über den Kampf gegen den Terrorismus: Erfolge und offene Fragen, vorgelegt von Generalberichterstatter Volker Kröning (Deutschland)

Der Entwurf des Generalberichtes wurde von Abgeordnetem **Volker Kröning** vorgelegt. Abgeordneter **Kröning** umriss die internationale Reaktion auf die Anschläge vom 11. September in den Vereinigten Staaten und fasste die von der internationalen Gemeinschaft ergriffenen Maßnahmen zur Verhinderung weiterer derartiger Anschläge zusammen. Er würdigte die Reaktion der internationalen Staatengemeinschaft und die Verabschiedung der VN-Resolution 1373, in der alle Staaten aufgefordert werden, neue Sicherheitsmaßnahmen und Gesetze zur Bekämpfung terroristischer Aktivitäten umzusetzen. Abgeordneter **Kröning** ging auf die Antwort der NATO auf die Anschläge ein und kommentierte Pläne zur Einbeziehung neuer antiterroristischer Maßnahmen auf dem Prager Gipfel im November 2002. Unter Hinweis auf gesetzliche Maßnahmen zur Bekämpfung des Terrorismus auf nationaler und europäischer Ebene unterstrich er die Bedeutung einer Verständigung über eine gemeinsame Definition des Terrorismus, damit die auf europäischer Ebene im gesetzlichen Bereich unternommenen Anstrengungen erfolgreich sein könnten. Abgeordneter **Kröning** schloss seinen Vortrag ab mit einer kurzen Erörterung der Fragen, die durch Antiterrorismus-Anstrengungen aufgeworfen werden, einschließlich der Auswirkung neuer Gesetze auf die bürgerlichen Freiheiten und die Menschenrechte. Er ging auch kurz auf den Wiederaufbauprozess in Afghanistan ein und bat die Mitglieder, Beiträge vorzulegen im Hinblick auf die Einbeziehung der Krise im Nahen Osten in den auf der Jahrestagung in Istanbul 2002 vorzulegenden Schlussbericht.

In der anschließenden Debatte forderten die Mitglieder, den dem neuen Terrorismus zugrunde liegenden Gründen mehr Aufmerksamkeit zu widmen ebenso wie den Anstrengungen zur Verständigung über eine gemeinsame Definition des Terrorismus. Abgeordneter **Korakas** (Europäisches Parlament) warnte den Ausschuss vor der Versuchung, alle Formen politischer Gewalt über einen Kamm zu scheren und kritisierte die Vereinigten Staaten wegen einer zu engen Sicht der terroristischen Aktivitäten. Er forderte ferner den Ausschuss nachdrücklich auf, sich mit den Problemen des Nahen Ostens im Rahmen des Schlussberichtes zu befassen. Abgeordneter **Maes** (Europäisches Parlament) forderte ebenfalls mehr Vorsicht bei der Verwendung von Begriffen zur Beschreibung terroristischer Bewegungen; „Fundamentalismus“, „Terrorismus“ und „Islamismus“ seien nicht ein und dasselbe, und es sollte bei der Verwendung dieser Begriffe klar unterschieden werden.

Abgeordneter **Bagischajew** (Russland) befasste sich kritisch mit dem Status der separatistischen Kämpfer in Tschetschenien und Vorschlägen zur Definition des Terrorismus. Er unterstrich die unterschiedlichen Ansichten der russischen Regierung und anderer Parteien in dieser Frage und kam zu dem Schluss, dass eine gemeinsame Definition des Terrorismus erforderlich sei. Bagischajew schlug ferner vor, dass der Schlussbericht die Reaktion der internationalen Staatengemeinschaft auf die Behandlung gemeinsamer Probleme, wie den Terrorismus, aktualisieren sollte. Abgeordneter **Bettendorf** (Luxemburg) äußerte ebenfalls Besorgnis über die unterschiedlichen Gesetze in den europäischen Staaten. Abgeordneter **Volker Kröning** (Deutschland) versprach, die Frage des Nahen Ostens in den Schlussbericht aufzunehmen, der auch die Frage behandeln sollte, wie traditionelle Verbrechensverhütungsmethoden angepasst und im Hinblick auf die Terrorbekämpfung verbessert werden könnten.

Vortrag von Jean-Louis Bruguière, Erster Vizepräsident des „Tribunal de Grande Instance“, Paris

Herr **Bruguière** befasste sich mit der islamistischen terroristischen Bedrohung und der neuen Art des Terrorismus.

Die Ereignisse vom 11. September 2001 seien in der Tat tragisch gewesen, jedoch zu einem gewissen Ausmaß vorhersehbar. Seit 1998 sei klar geworden, dass die zunehmende islamistische Bedrohung zu einem derartigen Angriff führen könne. Die neuen terroristischen Bewegungen seien das direkte Ergebnis des Zusammenbruchs der Sowjetunion und anderer Faktoren, wie dem Ausbruch von

Nationalismus sowie dem Entstehen radikaler ideologischer Strömungen. Radikale islamistische Bewegungen seien insbesondere als Antwort auf das offenkundige Versagen des Westens entstanden, spirituelle und religiöse Werte hochzuhalten. Westliche Nachrichtendienste, ausgerichtet auf die Bekämpfung traditioneller terroristischer Bedrohungen, seien nicht in der Lage, sich an diese Entwicklung bei den terroristischen Aktivitäten anzupassen. Dies erkläre die Schwierigkeiten der Nachrichtendienste, die Bedrohung einzuschätzen und wirksame Reaktionen auf deren Strukturen vorzuschlagen.

Bruguière ging in seinem Vortrag vor dem Ausschuss auch auf die Antwort Frankreichs auf islamistische terroristische Bewegungen ein. Frankreich sei sich 1993/1994 der wachsenden Unterstützung – sowohl politischer als auch materieller Art (Waffenhandel) – für die algerischen separatistischen Bewegungen in eigenem Staate bewusst geworden. 1995 habe es Anschläge in Frankreich gegeben, einschließlich einer versuchten Entführung eines Airbus-Flugzeugs. 1996 hätten Gruppen wie die Bewaffnete Islamistische Gruppe (ein Zweig des Islamischen Jihad), bereits über beträchtliche Unterstützung in ganz Europa verfügt. Zu jener Zeit hätten die Nachrichtendienste zum ersten Mal eine veränderte Bedrohung festgestellt, die sich von den zentral organisierten Maghreb-Gruppen auf eher zersplitterte Organisationen wie die der al-Qaida verschoben hätte. In den späten Neunzigerjahren sei das Problem so eingeschätzt worden, dass man von einer weltweiten Verbreitung sprach. Damals habe man erkannt, dass das Netzwerk in Pakistan und Afghanistan aus Bewegungen mit Hauptstützpunkten in Europa hervorgegangen war. In Trainingslagern in diesen Staaten seien Mujaheddin für verschiedene Arten von Aufträgen ausgebildet worden: (i) zur Weiterführung des Jihad seien Lager in Frankreich, Bosnien, Kosovo und später in Tschetschenien eingerichtet worden, um militante Kämpfer bei offenen Auseinandersetzungen auszubilden; (ii) zur Entwicklung von „Schläfernetzen" in Europa oder Nordamerika und zur Organisation zukünftiger terroristischer Operationen.

Nach dem 11. September seien die Maßnahmen zur Bekämpfung des Terrorismus in Frankreich zentralisiert worden, ein einzigartiges, obwohl nicht in allen Aspekten effizientes und wirksames System. Stadtverwaltungen hätten nunmehr die Befugnis, Untersuchungen durchzuführen, Durchsuchungen zu genehmigen und umgehend gegen Einzelpersonen zu ermitteln, denen Beteiligung an terroristischen Aktivitäten vorgeworfen werde. Obwohl die internationale Staatengemeinschaft insgesamt den klaren Willen gezeigt habe, den Terrorismus zu bekämpfen, würden die Anstrengungen behindert durch veraltete Strukturen, mühsame Verfahren und Gesetze (insbesondere in der EU) und durch Nachlässigkeit in der allgemeinen Öffentlichkeit. Die internationale Zusammenarbeit habe sich verbessert – der europäische Haftbefehl sei ein gutes Beispiel dafür –, sei jedoch noch nicht ausreichend. Bruguière schloss seinen Vortrag mit dem Hinweis, dass trotz des Erfolgs der USAF in Afghanistan die terroristische Bedrohung weiterhin ein ständig präsentes, weltweites Problem bleibe und er appellierte an die Mitglieder, in ihren Staaten das Bewusstsein für das gravierende Ausmaß der gegenwärtigen Bedrohung zu schärfen.

Die Mitglieder äußerten sich besorgt über die pessimistische Beurteilung durch Herrn Bruguière und betonten die notwendige Sensibilisierung der Öffentlichkeit in ihren Wahlkreisen. **Petre Roman, Lucio Malan** und **Denis D'Hondt** forderten Herrn Bruguière auf, auf die Koordination im Bereich Weitergabe von Informationen bei den Nachrichtendiensten und im gesetzlichen Bereich einzugehen. Abgeordneter **Volker Kröning** (Deutschland) stellte das Versagen der Nachrichtendienste bei der Verhinderung der Anschläge vom 11. September infrage und fragte Herrn Bruguière, ob er der Auffassung sei, dass ein Paradigmenwechsel in Richtung auf eine neue Art interne Sicherheit notwendig sei mit dem Schwerpunkt auf einer Harmonisierung der nationalen Dienststellen, wie Polizei, Justizwesen und Nachrichtendienste.

In Beantwortung einer Frage von Abgeordnetem **Wayne** (Kanada) betonte Herr **Bruguière** die Notwendigkeit einer internationalen Resolution, die sich mit der Sicherheit der Atomkraftwerke und anderen potenziellen terroristischen Zielen befasse. **Lord Jopling** (Vereinigtes Königreich) sprach die Frage der Zivilverteidigung an, indem er Bruguière fragte, ob er der Meinung sei, dass genug für den Zivilschutz getan werde. **Bruguière** antwortete, dass derzeit unzureichende Vorkehrungen zum Schutz unserer Bevölkerungen bestünden und stimmte **Lord Jopling** in seinen Befürchtungen zu. Abgeordneter **Bettendorf** (Luxemburg) bat Bruguière, näher auf die Beteiligung Tschetscheniens an den internationalen terroristischen Aktivitäten einzugehen. Er bezog sich auf die Debatte über den Berichtsentwurf von Guy-Michel Chauveau (siehe Kapitel II, Demokratisierung); einerseits zitierten russische Vertreter Tschetschenien unter der Rubrik internationaler Terrorismus, während andererseits andere Vertreter des Europäischen Parlaments behaupteten, dass wir den hier angesprochenen Terrorismus nicht mit den Problemen in Tschetschenien in Verbindung bringen sollten. Abgeordneter **Tanner** (Vereinigte Staaten) sprach der NATO seine Anerkennung aus für die rasche Unterstützung der USA nach dem 11. September, erklärte jedoch, dass die Vereinigten Staaten sich derzeit bemühten, ein Gleichgewicht zwischen dem bisherigen freien „Way of life" der amerikanischen Gesellschaft und der Ergreifung der notwendigen Maßnahmen zur Bekämpfung des Terrorismus zu finden. Abgeordneter **Clapham** (Vereinigtes Königreich) stellte die Frage, ob terroristische Organisationen starke Bindungen zum Drogenhandel haben und ob es deutliche Beweise für eine Verbindung zwischen terroristischen Zellen und anderen Formen krimineller Aktivitäten gebe. **Bruguière** antwortete darauf, dass es keine wirklichen Hinweise auf Verbindungen zum Drogenhandel in Europa gebe. Jedoch gebe es auf vielen Ebenen Verbindungen zwischen Verbrechen und Terroristen.

II. Organisiertes Verbrechen

Georgi Petkanov, Innenminister der Republik Bulgarien, ging in seinem Vortrag vor dem Ausschuss auf die derzeitige Situation des organisierten Verbrechens in Bulgarien ein. Der Minister unterrichtete die Mitglieder, dass die Bekämpfung des organisierten Verbrechens zu den Hauptanliegen seiner Regierung gehöre und wichtiger Bestand-

teil der Anstrengungen Bulgariens sei, den Aktionsplan von Schengen und das Beitrittsprogramm umzusetzen.

Seit 1989 habe man in Bulgarien einen bisher nicht da gewesenen Anstieg des organisierten Verbrechens und eine intensive Gründung krimineller Netze zu verzeichnen. In der zweiten Hälfte der Neunzigerjahre seien zwei Arten von organisiertem Verbrechen in Bulgarien deutlich geworden. Bei der ersten Kategorie handele es sich um gewöhnliche Verbrechen wie Raub, Diebstahl, Erpressung und Fahrzeugdiebstahl oder die Beteiligung am Drogen- und Menschenhandel. Bei der zweiten Kategorie gehe es um Verbindungen zur „bona fide"-Geschäftswelt und um Delikte in der Grauzone unter Ausnutzung bestehender Lücken in der Gesetzgebung und Förderung von Korruption unter Staatsbediensteten.

Minister **Petkanov** informierte die Mitglieder, dass sein Ministerium viel Erfolg bei der Bekämpfung beider Arten des organisierten Verbrechens aufzuweisen habe. Kriminelle Geschäfte, Betrug und Erpressung seien eingedämmt und dauerhafte Erfolge bei der Einschränkung von Schmuggelaktivitäten auf dem Schwarzmarkt erzielt worden. Nach einer Studie aus dem Jahr 2001 gebe es derzeit 295 organisierte kriminelle Gruppen in Bulgarien mit ungefähr 1 720 Mitgliedern, davon 164 ausländische Staatsbürger. Derartige Gruppen würden größtenteils innerhalb ethnischer Gruppen gebildet und setzten sich aus Albanern, türkischen Kurden, Moldauern, Russen und Ukrainern zusammen neben Gruppen bulgarischer Staatsangehöriger. Der Drogenhandel bleibe weiterhin ein schwerwiegendes Problem, da Bulgarien auf der wichtigen „Balkanroute" für den Transport für Heroin und Opium liege. Ebenso gebe es weiterhin Frauenhandel für sexuelle Zwecke und eine Zunahme bei Geldwäschegeschäften.

Einige Mitglieder äußerten Besorgnis über das Ausmaß der Korruption unter Staatsbediensteten. Minister **Petkanov** antwortete darauf, dass Bulgarien eine Antikorruptionspolitik der Nulltoleranz betreibe und dass das Innenministerium auch ein eigenes internes Korruptionsbekämpfungsprogramm verfolge. Ferner seien allein im Distrikt Sofia acht bis zehn Polizisten im vergangenen Monat aufgrund von Korruptionsbeschuldigungen entlassen worden. Der Vorsitzende war daran interessiert zu erfahren, ob das Innenministerium zur Durchführung eines derartig großen Umfangs an Aktivitäten mit ausreichenden Mitteln ausgestattet sei. In Beantwortung einer Frage von Abgeordnetem **Wayne** (Vereinigtes Königreich) hinsichtlich der Art der Bildungsmaßnahmen zur Drogenbekämpfung in Bulgarien erklärte Minister **Petkanov,** dass sich die Regierung in einer intensiven Arbeit in Schulen engagiere, um junge Menschen durch Bildungsmaßnahmen auf die Gefahren der Drogeneinnahme aufmerksam zu machen. Abgeordneter **Dayanikli** (Türkei) erklärte dem Ausschuss, dass Bulgariens Beteiligung in der NATO sicherlich eine stabilisierende Wirkung sowohl auf den Staat Bulgarien als auch die Region insgesamt haben würde. Er erwähnte ebenfalls lobend die kooperativen Anstrengungen zwischen Bulgarien und der Türkei zur Bekämpfung des organisierten Verbrechens in der Schwarzmeerregion.

III. Demokratisierung

Berichtsentwurf des Unterausschusses über die Russische Föderation: Beurteilung der inneren Lage von Abgeordnetem Michel Chauveau (Frankreich) und Informationsdokument: Anmerkungen von Nikolai Tulajew (Russische Föderation)

Aufgrund der Abwesenheit des Berichterstatters des Unterausschusses gab Vorsitzender **Guy-Michel Chauveau** (Frankreich) einen kurzen Überblick über den Bericht. Ihm folgte ein Bericht von **Nikolai Tulajew** aus der Russischen Förderation, der eine kritische Einschätzung des Berichts aus russischer Perspektive vorlegte.

Abgeordneter **Chauveaus** Berichtsentwurf basiere auf der Entwicklung politischer, sozialer und wirtschaftlicher Schwierigkeiten, denen sich Russland zurzeit gegenübersieht. Der Bericht konzentriere sich auf die politischen Entwicklungen im Lande seit dem Amtsantritt von Präsident Putin, ferner auf die Medienfrage, auf die Menschenrechte und die Entwicklung der Zivilgesellschaft und schließlich die wirtschaftlichen Aussichten und das organisierte Verbrechen. Der erste Teil des Berichtes behandele die Stärkung der Zentralmacht durch Präsident Putin. Reformen würden auf drei unterschiedlichen Ebenen angegangen: das Problem der Absetzung von Oligarchen, die Stärkung der Zentralmacht und der Kampf zwischen regionalen Baronen durch Schaffung von Bundesdistrikten, die von präsidialen Vertretern geleitet werden, die Verringerung der Vorrechte regionaler Führer, die Frage der Medien und die Meinungsfreiheit. Der erste Teil des Berichtes schließe ab mit der Frage der Menschenrechte und mit den Aussichten für die Entwicklung der Zivilgesellschaft. Der zweite Teil des Berichtes untersuche die wirtschaftliche Lage im Land und analysiere das organisierte Verbrechen. Darüber hinaus habe der Berichterstatter bei der Behandlung des organisierten Verbrechens versucht, die Arbeit der Mafia zu beschreiben sowie die Ökonomie des Verbrechens, den Waffen-, Drogen- und Menschenhandel.

Das Informationsdokument wurde gemeinsam von den Abgeordneten **Tulajew** und **Bagishajew** vorgelegt. Tulajew legte einige neue und zusätzliche Daten zu den bereits im Bericht von Abgeordnetem Chauveau erwähnten Daten vor. Er stimmte voll und ganz mit einigen Kommentaren hinsichtlich der Korruption, des Verbrechens und der Armut überein. Das russische Parlament und die Gesellschaft akzeptierten viele Aspekte des Berichtes. Abgeordneter **Tulajew** war ebenso wie der Berichterstatter der Meinung, dass die innerstaatliche soziale, wirtschaftliche und politische Lage in Russland schwierig sei. Jedoch erklärte er, dass Abgeordneter Chauveaus Bericht über die wirtschaftliche Entwicklungen aufgrund jüngster dynamischer Entwicklungen in der russischen Wirtschaft überholt sei und dass neue Daten in den Schlussbericht aufgenommen werden müssten. Abgeordneter **Tulajew** bekräftigte, dass Russland große Bedeutung auf demokratische Reformen lege und sich derzeit bemühe, durch die Verabschiedung neuer Gesetze sowie durch die Erarbeitung neuer Regelungen für die Marktwirtschaft Oligarchen abzusetzen. Darüber hinaus habe Russland etwa 50 Prozent der jungen Männer von der Wehrpflicht freigestellt. Abgeordneter Tulajew schloss seinen

Bericht ab, indem er auf die Lage in Kaliningrad einging und das Problem der Visaverfahren für die eine Million Russen kommentierte, die in dieser Enklave leben.

Abgeordneter **Clapham** (Vereinigtes Königreich) äußerte die Ansicht, dass Absatz 36 die Lebensfähigkeit der russischen Wirtschaft stärker betonen sollte und dass die Zahlen in Absatz 39 korrigiert werden sollten. Abgeordneter **Volcic** (Europäisches Parlament) erklärte, dass das Ansehen Russlands nach dem 11. September zugenommen habe und dass der Bericht nicht zu sehr an der Vergangenheit orientiert sein sollte. Abgeordneter **Roman** (Rumänien) verteidigte den Bericht und erklärte, dass die Probleme der Oligarchen und die Gesetze über politische Parteien nicht auf der Tagesordnung des Besuches in Kaliningrad gestanden hätten. Abgeordneter **Lilletun** (Norwegen) äußerte Befriedigung über den Bericht und erklärte, dass die Medienfreiheit noch nicht garantiert sei. Abgeordneter **Maes** (Europäisches Parlament) erklärte, dass sich unsere Bevölkerungen unsicher fühlten aufgrund der zunehmenden Bedrohung durch das organisierte Verbrechen, insbesondere aus Russland und der Ukraine, und dass die EU keine unterschiedliche Position hinsichtlich der Visafrage in Kaliningrad aufgrund des dort exisitierenden organisierten Verbrechens einnehmen könne. Abgeordneter **Wayne** (Kanada) erklärte, dass die Armut bewältigt werden müsse, weil sie der Nährboden für das organisierte Verbrechen sei. **Lord Jopling** (Vereinigtes Königreich) erklärte, dass es nicht einfach sei, Investoren zu überzeugen, in Russland zu investieren, selbst nachdem sich die Bewertungen durch die internationalen „Rating“-Agenturen verbessert hätten. Er erklärte, dass die Gesetze sachgerecht umgesetzt werden müssten, um bei Investoren Vertrauen aufzubauen. Zur Lösung des Visaproblems könnten die Russen eine Luftbrücke mit billigen Flügen einrichten. Abgeordneter **Rebelo** (Portugal) erklärte, dass der Gesamtton des Berichtes zu negativ sei, insbesondere hinsichtlich der von Präsident Putin ergriffenen Maßnahmen. Abgeordneter **Kirkilas** (Litauen) war der Auffassung, dass der Bericht nicht genau genug sei und erklärte, dass der Ausschuss neue Informationen über Russland zusammenstellen müsse, insbesondere hinsichtlich der neuen wirtschaftlichen Entwicklungen, die in den Schlussbericht mit aufgenommen werden müssten. Abgeordneter **Dayanikli** (Türkei) äußerte die Ansicht, dass der Bericht zu technisch sei und für die Mehrzahl der Ausschussmitglieder zu sehr ins Detail gehe. Der Bericht sollte weniger spezifisch und mehr politischer Art sein. Abgeordneter **Bagischajew** (Russland) betonte, der Berichterstatter habe nicht genügend Zeit gehabt, um den Bericht angemessen vorzubereiten, forderte Änderungen des Berichtes und schlug vor, dass Herr Tulajew Berichterstatter werden solle. Der Vorsitzende erklärte, dass der Bericht dahingehend geändert werden würde, dass er die Ansichten der Mitglieder des Ausschusses berücksichtige.

Der bulgarische Demokratisierungsprozess

Der Ausschuss befasste sich ferner mit einem Vortrag von **Dr. Ognyan Mintschjew,** dem Direktor des Instituts für regionale und internationale Studien, Sofia, über den bulgarischen Ansatz bei den interethnischen Beziehungen und der Aussöhnung innerhalb des derzeitigen Demokratisierungsprozesses.

Dr. Mintschjew erklärte, dass die ethnischen Gruppen in Bulgarien während jahrzehntelanger Herrschaft des kommunistischen Regimes vernachlässigt worden seien. Heute garantiere die bulgarische Verfassung die Rechte ethnischer Minderheiten sowie Gleichheit und individuelle Bürgerrechte. Sie erlaube es den ethnischen Gruppen jedoch nicht, politische Parteien nach ethnischen Vorstellungen zu gründen. Das bulgarische Modell der interethnischen Beziehungen verhindere Konkurrenz zwischen unterschiedlichen ethnischen Minderheiten und einen Konfliktausbruch. Nach Meinung von Dr. Mintschjew verfügt die Regierung über keine ausreichenden Ressourcen für die 300 000 Roma, die umfassend in die bulgarische Gesellschaft integriert werden müssten, und kann die sozialen Ressourcen zur Bewältigung des Problems nicht umverteilen.

Auf eine Frage von Abgeordnetem **Paecht** (Frankreich) nach den Vorstellungen der ethnischen Gruppen über ihre Lage in der bulgarischen Gesellschaft erklärte **Dr. Mintschjew,** dass die Vorstellungen der ethnischen Gruppen sehr kritisch seien in Bezug auf ihre Lage und dass ihre Probleme kaum von der Regierung behandelt würden. Abgeordneter **Clapham** (Vereinigtes Königreich) betonte, dass die ethnischen Gruppen sich oft durch den Gesetzesvollzug eingeschüchtert fühlten und fragte nach den Möglichkeiten, Minderheitengruppen in Gesetzesvollzugsinstitutionen einzubeziehen Abgeordneter **Dayanikli** (Türkei) erklärte, dass es wichtige Bindungen zwischen der Türkei und Bulgarien gebe und dass die Türkei große Bedeutung auf den Wohlstand der Minderheit türkischer Abstammung in Bulgarien lege. Darüber hinaus müsse Bulgarien seine multiethnische Vielfalt als einen Bestandteil seiner Gesellschaft sicherstellen. Abgeordneter **Kazak** (Bulgarien) stimmte Dr. Mintschjew zu und fügte hinzu, dass die Bewegung für Rechte und Freiheit als Reaktion auf die Verletzung der Rechte von Minderheiten türkischer Abstammung entstanden sei.

IV. Der Balkan und Osteuropa

Entwurf eines Sonderberichts über die Auswirkungen der Ereignisse vom 11. September 2001 auf den Versöhnungs-, Stabilisierungs- und Integrationsprozess auf dem Balkan und in Osteuropa, vorgelegt von Petre Roman (Rumänien), Sonderberichterstatter

Abgeordneter **Petre Roman** erklärte, dass der Bericht verfasst wurde, um sich mit den massiven Auswirkungen der Ereignisse vom 11. September auf die derzeitige Sicherheitsarchitektur in Osteuropa zu befassen. Trotz des entsetzlichen Ausmaßes der Anschläge hätten sie der Welt neue Hoffnung verliehen, Hoffnung in eine wachsende Solidarität und Einheit bei der Bekämpfung der Kräfte des Chaos. Roman unterstrich, dass der Beitritt der neuen Staaten zur NATO nur als ein erster Schritt in Richtung auf die Teilung der gemeinsamen Sicherheitslast gesehen werden sollte. Aus geostrategischer Sicht werde die En-bloc-Aufnahme von vier osteuropäischen Staaten in die NATO die dringend benötigte Stabilität für die gesamte Region bis zum Schwarzen Meer bringen. Roman äußerte Besorgnis darüber, dass die Neuen Unabhängigen Staaten mit Regierungen belastet seien, die offensichtlich auf Intoleranz, der Divergenz und Zweckmäßigkeitsgesetzen

aufgebaut seien. Für die Balkanstaaten würden dringend politische Führer benötigt, deren Ziele sich an positiven Programmen orientierten.

Der Sonderbericht wurde von den Mitgliedern des Ausschusses gut aufgenommen. Abgeordneter **Bagischajew** (Russland) erklärte, dass es in der Tat schwierig sei, Klischees abzubauen, dass Russland jedoch einen langen Weg in Richtung auf Demokratie und westliche Sichtweisen zurückgelegt habe. Es gebe ein stark verbessertes Verständnis unter den Staaten, die sich zu den Werten der Demokratie bekennen.

V. Zukünftige Aktivitäten des Ausschusses

Zusammenfassend umriss der Vorsitzende einige Vorstellungen hinsichtlich der zukünftigen Aktivitäten des Ausschusses. Er schlug vor, dass sich der Ausschuss weiterhin mit der Frage des Terrorismus und des organisierten Verbrechens befassen sollte, jedoch auch mit zwei weiteren Themen:

– der Reform des Sicherheitssektors, insbesondere der Polizeikräfte, der paramilitärischen und zivilen Strukturen der Beitrittsstaaten;

– der europäischen Zivilverteidigung und der Krisenbewältigungspolitik.

Abgeordneter **Paecht** schlug vor, dass der Unterausschuss sich ferner mit der Lage in Südosteuropa befassen solle, jedoch auch mit dem Demokratisierungsprozess in Belarus, Zentralasien (Armenien, Georgien) und im Kaukasus.

Abgeordneter **Dayanikli** (Türkei) forderte, dass der Ausschuss die Zahl der jedes Jahr durchgeführten Besuche überprüfen sollte und schlug vor, dass der Ausschuss auch die Möglichkeit der Einsetzung eines zusätzlichen Unterausschusses ins Auge fassen sollte. Er schlug ferner vor, dass sich der Ausschuss mit den unterschiedlichen Arten des Fundamentalismus im Kontext des Terrorismus befassen sollte. **Lord Jopling** (Vereinigtes Königreich) und Abgeordneter **Roman** (Rumänien) bekräftigten den Vorschlag, dass sich der Ausschuss eingehender mit den Fähigkeiten der Zivilverteidigung der Bündnisstaaten befassen sollte.

Plenarsitzung

Der Präsident der Versammlung, **Rafael Estrella** (Spanien) eröffnete die Plenarsitzung und hob einleitend hervor, dass die Frühjahrstagung in einem ehemaligen Mitgliedsland des Warschauer Paktes stattfinde, das nun einen Beitritt zum Nordatlantischen Bündnis anstrebe. Der heutige Tag sei zudem von besonderer Bedeutung, da in Rom zwischen der NATO und der Russischen Föderation ein Partnerschaftsabkommen unterzeichnet werde. Damit werde der Kalte Krieg endgültig begraben.

Präsident **Estrella** erklärte weiterhin, dass die NATO-PV im letzten Jahrzehnt bei der Weiterentwicklung der parlamentarischen Demokratie eine entscheidende Rolle gespielt habe. Ihr Hauptverdienst liege in der parlamentarischen Aufsicht im Sicherheits- und Verteidigungssektor. Allerdings müsse ihre Rolle noch ausgebaut werden; in Zukunft kämen weitere Aufgaben auf sie zu.

Für die Sicherheit Europas sei vor allen Dingen die Lage auf dem Balkan und im südlichen Kaukasus von entscheidender Bedeutung. Dort lägen weitere Herausforderungen für das Bündnis. Die Tatsache, dass Armenien und der Bundesrepublik Jugoslawien in der heutigen Sitzung parlamentarischer Beobachterstatus in der Versammlung eingeräumt werden solle, sei ein Schritt in die richtige Richtung. Darüber hinaus müsse die NATO wirksame Strategien gegen die Bedrohung durch den internationalen Terrorismus entwickeln und sich der neuen Sicherheitslage in der Welt anpassen. Es gelte, terroristische Angriffe, vor allem auf Zivilisten, zu verhindern und Grundwerte unserer demokratischen Gesellschaft zu schützen. Der Terrorismus könne allerdings nicht durch die Bemühungen der NATO-Mitglieder allein bekämpft werden; es müssten vielmehr Strategien entwickelt werden, die auch nicht militärische Mittel und die Einbindung internationaler Organisationen umfassten.

Bei den vergangenen Militäroperationen in Afghanistan sowie den NATO-Einsätzen im Jahre 1999 im Kosovo habe sich gezeigt, dass zwischen der Einsatzbereitschaft der Streitkräfte der USA und ihrer Verbündeten große Unterschiede bestünden. Um die Glaubwürdigkeit der NATO zu erhalten, müssten die europäischen Verbündeten mehr Verantwortung übernehmen. Insbesondere im Rahmen der ESVP müsse eine Harmonisierung der Verteidigungspolitiken erfolgen. Viele dieser Fragen würden auf dem NATO-Gipfel im November in Prag behandelt werden. Darüber hinaus müsse in Prag durch weit reichende Reformen die Funktionsfähigkeit der erweiterten NATO gesichert werden.

NATO-Generalsekretär Lord Robertson habe kürzlich erklärt, dass sich mit einem Beitritt der Slowakei, Sloweniens, Bulgariens, Rumäniens, Estlands, Lettlands, Litauens, Albaniens und Mazedoniens die Dimensionen der NATO grundlegend verändern würden. Die Entscheidung, wie vielen Ländern in Prag ein Beitrittsangebot unterbreitet werde, sei derzeit noch offen; dies könnten eins bis neun Länder sein. Unabhängig davon, wie vielen Staaten letztendlich der Beitritt angeboten würde, müsse die NATO den Kontakt mit allen beitrittswilligen Ländern vertiefen. Die strategische Partnerschaft im NATO-Russland-Rat sei in diesem Zusammenhang ein wichtiger Meilenstein. Jedoch müsse sich das Abkommen von Rom auch in parlamentarischen Dimensionen äußern, z. B. im Rahmen einer verstärkten Zusammenarbeit, insbesondere durch die Einbindung in die NATO-PV.

Abschließend wies Präsident **Estrella** darauf hin, dass Bulgariens Wunsch, der NATO beizutreten, ein legitimes Ziel sei, das durch eine breite Unterstützung der Bevölkerung getragen werde. Bulgarien spiele eine wichtige Rolle für die Stabilität auf dem Balkan und für Europa und habe in der Vergangenheit bereits wiederholt Verantwortung übernommen, indem es sich aktiv an NATO-geführten Friedensmissionen auf dem Balkan und in Afghanistan beteiligt habe. Darüber hinaus sei Bulgarien dabei, wichtige Verhandlungskapitel für einen Beitritt zur Europäischen Union abzuschließen. Insgesamt sei Bulgarien ein Partner, den das Bündnis brauche.

Anschließend begrüßte der Präsident der Nationalversammlung der Republik Bulgarien, Professor **Ognian Gerdjikov,** die Delegierten. Zunächst wies er darauf hin, dass es eine große Ehre für Bulgarien sei, Gastgeber dieser Konferenz zu sein. Bulgarien und alle anderen NATO-Beitrittskandidaten werteten dies als ein Zeichen für die wachsende Bedeutung des Landes zur Schaffung eines strategischen Gleichgewichts in Europa. Bulgarien sei zudem dankbar dafür, dass es seit 1990 Gelegenheit habe, als assoziierte Delegation in der NATO-PV vertreten zu sein. Die Aufnahme in das Bündnis als gleichberechtigtes Mitglied sei für sein Land das wichtigste strategische Ziel in der Zukunft. Nach der letzten Parlamentswahl im Jahre 2001 habe Bulgarien ein Parlament, das uneingeschränkt den Beitritt zur NATO unterstütze.

Präsident **Gerdjikov** erklärte weiter, dass die Terroranschläge in den USA vom 11. September die Welt vor neue Herausforderungen gestellt hätten. Bulgarien sei ohne zu zögern der Antiterrorkoalition beigetreten und habe sich aktiv an der Bekämpfung des internationalen Terrorismus beteiligt. Durch seine Teilnahme an friedenserhaltenden Missionen im Rahmen der SFOR in Bosnien-Herzegowina, der KFOR im Kosovo und der ISAF in Afghanistan habe Bulgarien seine Bereitschaft bewiesen, aktiv im Bündnis mitzuarbeiten und so die Grundlage für eine beständige Politik als de facto Verbündeter der USA und der NATO geschaffen.

Bulgarien wisse sehr wohl, dass weitere Bemühungen zur Vorbereitung einer NATO-Mitgliedschaft erforderlich seien. Die Nationalversammlung unterstütze die Bemühungen der Regierung, dringend notwendige Reformen schnell durchzuführen. Kürzlich hätten einige wichtige Gesetzgebungsvorhaben, wie beispielsweise das Gesetz über geheime Informationen, das Parlament passiert. Andere Gesetzesvorhaben, wie z. B. zur Kontrolle des Waffenhandels und zum Krisenmanagement, würden in Kürze eingebracht. Zur Vorbereitung der NATO-Mitgliedschaft arbeite das bulgarische Parlament auch aktiv mit den Parlamenten anderer Kandidatenländer zusammen.

Abschließend stellte Präsident **Gerdjikov** fest, dass die NATO-Erweiterung eine entschiedene Antwort auf die gegenwärtigen Herausforderungen sei, denen die Allianz und die Euro-Atlantische Gemeinschaft gegenüber stünden. Die Parlamentarische Versammlung der NATO und die nationalen Parlamente der NATO-Mitgliedstaaten spielten eine wichtige Rolle bei der Durchführung der Erweiterung, zumal die nationalen Parlamente in den Ratifikationsprozess mit eingebunden seien. Er hoffe, dass die aktuell zur Verabschiedung vorliegende Erklärung betreffend die NATO-Erweiterung in diesem Prozess wichtige Akzente setzen könne.

Im Anschluss daran sprach der Präsident der Republik Bulgarien, **Georgi Parvanow,** zu der Versammlung. Zunächst gratulierte er der NATO-PV zu ihrer engagierten Arbeit, mit der die Stabilität und Sicherheit im Euro-Atlantischen Raum deutlich gestärkt werde. Weiterhin unterstrich er, dass in Bulgarien eine große öffentliche Unterstützung für einen Beitritt zur NATO bestehe. Die Nationalversammlung habe alle Gesetze im Zusammenhang mit der Vorbereitung eines NATO-Beitritts einstimmig angenommen.

Die Durchführung der Parlamentarischen Versammlung der NATO in Sofia falle mit zwei anderen wichtigen Ereignissen zusammen: zum einen dem Besuch von Papst Johannes Paul II. in Sofia, mit dem ein endgültiger Schlussstrich unter die angebliche Beteiligung des bulgarischen Staates am Attentat auf den Papst im Jahre 1981 gezogen werde. Das zweite Ereignis sei die Unterzeichnung des Partnerschaftsabkommens zwischen der NATO und der Russischen Föderation am heutigen Tage in Rom, mit der die Ideologisierung der internationalen Beziehungen endgültig beendet werde.

Eine Einladung zum NATO-Beitritt sei von entscheidender Bedeutung für die Entwicklung des Landes. Ein Beitritt Bulgariens werde dem Bündnis zudem strategische Vorteile im Krisenmanagement auf dem westlichen Balkan verleihen; die südliche Flanke der Allianz werde einerseits gestärkt und andererseits die Möglichkeit zur Einflussnahme auf die Entwicklung in der Schwarzmeerregion – im Kaukasus insgesamt – eröffnet.

Weiterhin wies Präsident **Parvanow** auf die in der Vergangenheit von NATO und Bulgarien gemeinsam durchgeführten Aktionen hin, insbesondere die Beteiligung an SFOR, KFOR und in Afghanistan. Dadurch habe Bulgarien bewiesen, dass es ein verlässlicher NATO-Partner sein könne. Darüber hinaus sei sein Land eines der ersten gewesen, welches nach den Anschlägen vom 11. September 2001 der globalen Koalition gegen den Terrorismus beigetreten sei. Bulgarien sei sich seiner Verpflichtungen und Verantwortungen als zukünftiges NATO-Mitglied voll bewusst. Präsident **Parvanow** betonte, dass er in seiner Eigenschaft als Oberbefehlshaber der Streitkräfte die Beitrittsvorbereitungen aufmerksam überwache. Eine grundlegende Reform der Armee sei derzeit in Vorbereitung; die neue Struktur der Streitkräfte werde in Konsultationen mit den anderen NATO-Partnern festgelegt. Bulgarien beabsichtige, die erforderlichen Mittel zur Modernisierung der Armee bereitzustellen; im Vergleich zu anderen Beitrittskandidaten wende es 3,1 Prozent seines Bruttoinlandsprodukts – mehr als jeder andere Beitrittskandidat – für den Verteidigungshaushalt auf. Ziel sei es, eine einsatzkräftige moderne Armee zu schaffen, die der Verantwortung einer NATO-Mitgliedschaft gerecht werde. Bei alledem vergesse man nicht, dass es in einigen Bereichen immer noch große Schwierigkeiten gebe und Reformen erforderlich seien. Die Regierung habe kürzlich weit reichende Schritte im Kampf gegen die Korruption unternommen. Weitere Zukunftsprojekte seien: ein hohes und ständiges Wirtschaftswachstum, Verringerung der Arbeitslosigkeit, der Armut sowie aller Faktoren, die zur sozialen Instabilität führten. Trotz all dieser Schwierigkeiten sei Bulgarien jedoch eines der stabilsten Länder in Südosteuropa, wodurch es wesentlich zur Sicherheit und Stabilität in der Region insgesamt beitrage.

Präsident **Parvanow** erklärte weiter, dass die NATO-Erweiterung Schwerpunkt der Beratungen auf dem Gipfel in Prag im November sein werde. Allerdings solle der Gipfel auch die Prioritäten des Bündnisses für die nächsten Jahre definieren. Die Bekämpfung des Terrorismus werde

dabei eine entscheidende Rolle einnehmen. Bulgarien erwarte vom Prager Gipfel eine Bekräftigung des NATO-Engagements in Süd-Osteuropa und auf dem westlichen Balkan. Der NATO-Beitritt weiterer zentral-, süd- und osteuropäischer Staaten sei der nächste logische Schritt. Bulgarien erwarte ferner, dass die Erweiterung des Bündnisses alle Kandidatenstaaten, welche die notwendigen Voraussetzungen erfüllten, erfasse. Er sei zuversichtlich, dass Bulgarien einer dieser Staaten sein werde.

Abgeordneter **Calha** (Portugal) bat Präsident Parvanow, die Haltung seines Landes zu einem möglichen Beitritt zur Europäischen Union darzulegen.

Präsident **Parvanow** erklärte, dass eine Mitgliedschaft in der EU für sein Land ein weiteres strategisches Ziel für die Zukunft sei. Die Regierung beschleunige derzeit die Strategie für die Durchführung der Beitrittsverhandlungen. 17 Kapitel seien bereits abgeschlossen; nach Ende des spanischen Vorsitzes im Juni sollten es 20 Kapitel sein. Allerdings sei man realistisch: gegenüber anderen Ländern, die einen Beitrittsantrag zur Europäischen Union gestellt hätten, habe Bulgarien noch viel nachzuholen. Er hoffe, dass Bulgarien bald eine „Road-map“ vorgelegt werde, die den Weg zu einem EU-Beitritt vorzeichne.

Als nächster Redner richtete der Premierminister der Republik Bulgarien, Seine Exzellenz **Simeon Sachsen-Coburg Gotha,** das Wort an die Delegierten. Er hob zunächst hervor, dass Bulgarien durch die Botschaft aus Reykjavik, dass auf dem Gipfel in Prag mit einer umfassenden NATO-Erweiterung zu rechnen sei, ermutigt worden sei. Dessen ungeachtet beachte man das klassische Procedere bei einem NATO-Beitritt: Einladung, Verhandlungen, Unterzeichnung des Beitrittsprotokolls und Ratifikation.

Bulgarien sei ein glaubwürdiger Beitrittskandidat, der große Anstrengungen unternommen habe, die Voraussetzungen für eine Mitgliedschaft im Bündnis zu erfüllen. Neben seiner Beteiligung an ISAF habe Bulgarien entscheidende Beiträge zu SFOR und KFOR geleistet. In seiner Funktion als nicht ständiges Mitglied des UN-Weltsicherheitsrats im Jahre 2002 und 2003 wie auch als ernst zu nehmender Kandidat für den Vorsitz der OSZE im Jahr 2004 verfolge das Land eine verantwortungsvolle Außenpolitik, die euroatlantischen Wertvorstellungen uneingeschränkt entspreche.

Der Premierminister verwies weiterhin auf die ausgezeichneten Beziehungen zu den Nachbarstaaten in Süd-Osteuropa und hob insbesondere den Dialog mit Rumänien, Griechenland und der Türkei hervor.

Darüber hinaus schätze Bulgarien auch, dass die NATO in Reykjavik ihr Bekenntnis zu einem friedlichen, stabilen und demokratischen Süd-Osteuropa bekräftigt habe. In der Tat verbessere sich die Sicherheitslage in der Region ständig. Allerdings müsse man realistisch sein und anerkennen, dass es immer noch potenzielle Krisenherde gebe und dass die wirtschaftliche Entwicklung in der Region aufgehalten worden sei. Insgesamt sei es wichtig, die Rolle und Präsenz der internationalen Staatengemeinschaft auf dem Balkan zu erhalten, wobei sich deren Aufgabe vom Krisenmanagement auf die Integration verlagern solle.

Weiterhin wies der Premierminister darauf hin, dass Bulgarien große Fortschritte bei der Militärreform erzielt habe. Die Signale auf dem letzten NATO-Bulgarien-Treffen im Hinblick auf den „Membership Action Plan“ (MAP) seien ermutigend gewesen. Insgesamt wachse die Zuversicht, dass Bulgarien auf dem Gipfel in Prag eine Einladung zum NATO-Beitritt erhalten werde. Dies sei ein dringend notwendiges Zeichen der Anerkennung für die Bemühungen des Landes hin zur Demokratie und Marktwirtschaft. Das bulgarische Volk verdiene es, für die nach 1989 erlittenen harten und zum Teil schmerzlichen Reformen belohnt zu werden. Ein weiteres Hauptziel für die Zukunft bestehe darin, den Lebensstandard anzuheben und Wohlstand für alle bulgarischen Bürger zu sichern. Ohne eine NATO- und EU-Mitgliedschaft Bulgariens sei dieses Ziel nicht erreichbar. Im Hinblick auf die Erfahrungen, die Polen, die Tschechische Republik und Ungarn seit ihrem Beitritt zum Bündnis gewonnen hätten, erwarte er, dass auch Bulgarien zunehmend internationale Investoren anziehen werde; diese würden eine NATO-Mitgliedschaft als Garantie für die Stabilität des Landes und die Sicherheit ihrer Investitionen ansehen. Eine Einladung zum Beitritt in Prag werde auf keinen Fall die weiteren Bemühungen erlahmen lassen. Im Gegenteil wäre dies ein neuer Anreiz, die Vorbereitungen zu intensivieren und in vollem Umfang abzuschließen. Dabei hätten einige Vorhaben Priorität: vor allen Dingen der Kampf gegen die Korruption, die Einrichtung eines effektiven Justizsystems, weitere Verbesserungen bei der Exportkontrolle, Regelungen zum Geheimschutz, eine verbesserte Grenzkontrolle und Bemühungen zur Integration der Roma.

Über eine Mitgliedschaft im Euro-Atlantischen Bündnis herrsche in der bulgarischen Bevölkerung inzwischen großes Einvernehmen. Hätten Anfang der Neunzigerjahre nur 15 Prozent der Bevölkerung einem NATO-Beitritt zugestimmt, seien dies mittlerweile über 60 Prozent. Diese Erwartungen sollte der Gipfel in Prag nicht enttäuschen.

Im Hinblick auf diese Ausführungen fragte Abgeordneter **Gomes da Silva** (Portugal), ob in der Regierung ein Konsens bestehe, dass das Integrationsverfahren zu einer verbesserten wirtschaftlichen Situation führen werde. Dies wurde von Premierminister **Simeon von Sachsen-Coburg Gotha** bejaht. Er räumte ein, dass es starke Einschnitte beim Übergang von der sozialistischen Planwirtschaft zur Marktwirtschaft gegeben habe und dabei viele Maßnahmen hätten durchgeführt werden müssen, die für die Bevölkerung zu dramatischen Einschnitten geführt hätten. Insgesamt aber sehe man die positive Langzeitwirkung der Reformen und werde damit energisch fortfahren.

Abgeordneter **Bayley** (Vereinigtes Königreich) bat um Auskunft, wie Bulgarien angesichts seiner derzeitigen wirtschaftlichen Probleme eine Steigerung der Ausgaben im Verteidigungshaushalt meistern wolle.

Premierminister **Simeon von Sachsen-Coburg Gotha** entgegnete darauf, dass Bulgarien 3,1 Prozent seines Bruttosozialprodukts für militärische Zwecke verwende. Dies sei zugleich eine wichtige Investition in die wirtschaftliche Zukunft des Landes. Insgesamt würden auch die sozialen Aspekte in der Politik der bulgarischen Regierung nicht vernachlässigt. Hauptziel sei es, die Existenzverhältnisse

der Bürger zu verbessern, insbesondere die Arbeitslosigkeit zu vermindern. Von einer NATO-Mitgliedschaft würden auch in diesem Bereich positive Impulse ausgehen.

Auf Frage von Abgeordnetem **Roman** (Rumänien) erklärte der Premierminister, dass Bulgarien nach einem Beitritt zur NATO eine strategisch und geographisch wichtige Position einnehme. Die Flanke des Bündnisses zwischen Griechenland und der Türkei werde geschlossen; zudem sei eine unmittelbare Nähe zum Kaukasus gegeben.

Auf Frage von Abgeordnetem **Dayanikli** (Türkei), was geschehe, falls Bulgarien auf dem Prager Gipfel keine Einladung zur NATO-Mitgliedschaft erhalten sollte, antwortete der Premierminister, dass Regieren für ihn auch Planen heiße und ein solcher Fall für ihn in seine Planung nicht einbezogen sei. Die Argumente für einen Beitritt Bulgariens seien allen Beteiligten deutlich geworden. Das Land werde seine Bemühungen fortsetzen und sei zuversichtlich, in die NATO aufgenommen zu werden.

Der Außenminister der Republik Bulgarien, **Dr. Solomon Passy,** wies in seiner Ansprache darauf hin, dass das Jahr 2002 für Bulgarien im Bereich der Außenpolitik entscheidend sei. Hauptziel sei es, auf dem Prager Gipfel eine Einladung zum NATO-Beitritt zu erhalten. Für Bulgarien wie auch viele andere Beitrittskandidaten liege dieses Ziel näher als je zuvor. Eine entsprechende Einladung werde weitere Reformen beschleunigen. Darüber hinaus habe sein Land eine Strategie zur Beschleunigung der EU-Beitrittsverhandlungen vorgelegt. Weiterhin habe Bulgarien in diesem Jahr den Status eines nicht ständigen Mitglieds im UN-Weltsicherheitsrat erhalten; man hoffe außerdem, dass es im Jahr 2004 den Vorsitz der OSZE übernehmen könne. Darüber hinaus sei der Besuch des Papstes ein Meilenstein in der Geschichte des Landes gewesen.

Zu einem möglichen NATO-Beitritt erklärte Außenminister **Passy,** dass die Entscheidung von Reykjavik seinem Land eine wichtige Botschaft vermittelt habe. Bulgarien könne inzwischen auch im Hinblick auf den „Membership Action Plan“ (MAP) erhebliche Fortschritte zur Erfüllung der Beitrittskriterien vorweisen. Weiterhin habe der US-Senat am 17. Mai 2002 den so genannten „Freedom Consolidation Act“ verabschiedet und so der Vision zweier amerikanischer Präsidenten – des ehemaligen Präsidenten Bill Clinton und des gegenwärtigen Präsidenten George W. Bush – für eine erweiterte NATO Rechnung getragen. Darin sehe man ein wichtiges Indiz, dass der Gipfel von Prag eine geographisch ausgewogene Erweiterung des Bündnisses mit qualifizierten Kandidaten aus Nord-, Zentral- und Südeuropa – einschließlich Bulgarien – beschließen werde.

Das Fundament für die neue bulgarische Außenpolitik im Zeitalter nach dem Kalten Krieg sei bereits im Jahre 1990 gelegt worden. Damals habe die Nationalversammlung beschlossen, dass sich Bulgarien bei der Aktion „Desert Shield“ im Persischen Golf beteiligen solle. Weiterhin habe die Außenpolitik schon damals die Auflösung des Warschauer Pakts und die Aufnahme von Beziehungen zur NATO verfolgt. Im Zuge der Krise auf dem westlichen Balkan und der tragischen Ereignisse vom 11. September habe sich Bulgarien als verlässlicher Bündnispartner der NATO und der EU erwiesen. Dass das Hauptquartier der multinationalen Friedenstruppe Süd-Osteuropa in Bulgarien eingerichtet worden sei, bewertete Außenminister **Dr. Passy** als ein weiteres Indiz für die stabilisierende Rolle seines Landes. Auch in der regionalen Zusammenarbeit, insbesondere mit Rumänien, Griechenland und der Türkei, habe man erhebliche Fortschritte erreicht. Bulgarien unterstütze auch den Aufbau einer Partnerschaft mit der Russischen Föderation, die heute in Rom konkrete Gestalt annehme. Der Kampf gegen den Terrorismus könne nur erfolgreich sein, wenn die internationale Staatengemeinschaft weitere Maßnahmen beschlösse. Eine Erweiterung der NATO biete schließlich die Chance für eine dauerhafte Lösung der Konflikte auf dem westlichen Balkan.

Außenminister **Dr. Passy** betonte, dass es wichtig sei, bereits vor dem Prager Gipfel die Namen der Länder zu nennen, die dort eine Einladung zum Beitritt erhalten könnten. Die eingeladenen Staaten hätten dann einen Anreiz, ihre Reformbemühungen noch weiter zu verstärken. Die Staaten, die für einen Beitritt nicht infrage kämen, hätten hingegen genug Zeit, ihre Enttäuschung zu verarbeiten und die öffentliche Meinung in ihren Ländern auf diese Entscheidung vorzubereiten. Auf jeden Fall sollten – anders als in Madrid im Jahre 1997 – Spannungen, Unsicherheit und überzogene Erwartungen vor dem Gipfel ausgeräumt werden.

Abgeordneter **Köse** (Türkei) bat, die weiteren Prioritäten in der Außenpolitik Bulgariens zu erläutern. Außenminister **Dr. Passy** erklärte, dass neben dem NATO-Beitritt die Beschleunigung der Verhandlungen um einen EU-Beitritt ein weiteres Ziel der bulgarischen Außenpolitik sei. Derzeit seien 17 Kapitel abgeschlossen. Als sehr ehrgeiziges Vorhaben nannte er, alle weiteren Kapitel bis zum Ende des Jahres 2003 abzuschließen.

Abgeordneter **van Eekelen** (Niederlande) bat um Ausführungen zu der Frage, welchen Platz Bulgarien auf dem südöstlichen Balkan in Zukunft einnehmen werde. Zudem interessiere ihn, wie dort Stabilität gewährleistet werden könne und wie die Beziehungen zur ehemaligen Republik Jugoslawien eingeschätzt würden.

Außenminister **Dr. Passy** erklärte, dass Bulgarien einen besonderen Platz auf dem Balkan einnehme. Die Beziehungen zu den Nachbarstaaten seien gut; mit Rumänien habe man vor einem Jahr einen Kooperationsprozess eingeleitet. Auch die Beziehungen zu Griechenland und der Türkei würden ständig verbessert. Er sei sicher, dass die regionale Zusammenarbeit nach dem Prager Gipfel noch intensiviert werden könne. Darüber hinaus unterstütze Bulgarien auch seine Nachbarländer. Die ehemalige Republik Jugoslawien habe erhebliche Unterstützung im nicht staatlichen Sektor erhalten. Auch während der Krise in Mazedonien habe man sich an internationalen Hilfsprogrammen beteiligt. In Zukunft werde sich sein Land vor allem dem Aufbau der Verkehrsinfrastruktur widmen. Derzeit gebe es zwischen Sofia und Skopje keine Eisenbahnverbindung, zur Türkei und Griechenland nur zwei Grenzübergänge und lediglich eine Brücke über die Donau.

Auf Frage von Abgeordnetem **Jaakonsaari** (Finnland) erklärte Außenminister **Dr. Passy,** dass in der bulgarischen Bevölkerung eine große Mehrheit sowohl einen NATO- als auch einen EU-Beitritt unterstütze. Die Öf-

fentlichkeit sei verbesserten Beziehungen zu Europa und den internationalen Organisationen gegenüber sehr aufgeschlossen. Er werde sich auch in Zukunft darum bemühen, die Erwartungen der Bevölkerung nicht zu enttäuschen.

In einer Videoansprache wandte sich der Generalsekretär der NATO und Vorsitzende des Nordatlantikrates, **Lord Robertson of Port Ellen,** an die Delegierten. Er entschuldigte sich zunächst dafür, dass er bei der Frühjahrstagung in Sofia nicht persönlich anwesend sein könne, da der am gleichen Tage stattfindende NATO-Russland-Gipfel in Rom seine Anwesenheit erfordere.

Lord Robertson erinnerte zunächst daran, dass die letzte Tagung der NATO in Kanada unter dem Eindruck der Ereignisse vom 11. September gestanden habe. Mittlerweile könne er jedoch feststellen, dass zentrale Strukturen des Netzwerks al-Qaida zerstört und viele Terroristen gefasst seien.

Der am heutigen Tage stattfindende NATO-Russland-Gipfel könne seiner Meinung nach als „historisch“ bezeichnet werden. Bisher seien die Beziehungen des Bündnisses zu Russland von dem Stichwort „19 plus 1“ geprägt worden. Oft habe er jedoch den Eindruck gewonnen, dass das Verhältnis in der Vergangenheit zutreffender mit „19 gegen 1“ umschrieben werden konnte. Durch den NATO-Russland-Rat werde Russland nunmehr als gleichberechtigter Partner im Kreise von 19 weiteren Verbündeten angesehen.

Weiterhin führte **Lord Robertson** aus, dass sich die Aufmerksamkeit der NATO immer mehr auf den November-Gipfel in Prag richte. Dort werde die NATO-Erweiterung der wichtigste Tagesordnungspunkt sein. Er sei vom Entwurf der Erklärung der NATO-PV zur Erweiterung unterrichtet worden und stimme mit den dortigen Aussagen in vollem Umfang überein. Die NATO-Erweiterung biete Europa eine historische Gelegenheit, endgültig das Zeitalter des Kalten Krieges abzuschließen. Die Staaten Zentral- und Süd-Osteuropas verfügten über eine legitime Berechtigung, am „Gesamtwerk Europa“, einschließlich der transatlantischen Sicherheitsdimension, teilzuhaben. Auf die Parlamentarier komme dann eine ganz besondere Verantwortung zu. Nach Unterzeichnung der Beitrittsprotokolle sei es deren Aufgabe, einen raschen und reibungslosen Ratifikationsprozess in die Wege zu leiten. Nach Abschluss der Erweiterung werde die NATO gegenüber weiteren potenziellen Mitgliedern ihre „Politik der offenen Tür“ fortführen. Die Konturen des Bündnisses, wie es nach Prag aussehen könnte, würden langsam deutlich. Der Kampf gegen den Terrorismus werde dabei die Umrisse prägen. Außerdem müsse die Reform des Sicherheitssektors vorangetrieben werden. Das Unternehmen „Partnerschaft für den Frieden“ werde weiterhin den Interessen und Sorgen der Partnerländer Rechnung tragen. Auch die zukünftige Entwicklung der Beziehungen zur Ukraine und den Mittelmeerdialog werde die NATO nicht aus den Augen verlieren.

Ein weiterer kritischer Punkt auf dem Prager Gipfel werde die Modernisierung und die Reform der militärischen Einsatzbereitschaft der NATO sein. Immer noch seien die Verteidigungshaushalte vieler NATO-Mitgliedstaaten unterfinanziert. Der NATO-Generalsekretär kritisierte erneut die große Diskrepanz in der militärischen Einsatzbereitschaft zwischen den Vereinigten Staaten und den übrigen Verbündeten. Dort müsse man mit weiteren Reformen ansetzen, da ansonsten ein effektives Zusammenwirken der Bündnispartner nicht möglich sei. Beim weiteren Vorgehen dürfe man sich allerdings nicht auf die Feststellung von Mängeln konzentrieren. Vielmehr sollte man die Stärken des Bündnisses herausstellen und überlegen, wie man diese noch verbessern könne. Diesbezüglich erwarte er erste Impulse vom Treffen der Verteidigungsminister in Brüssel.

Lord Robertson erklärte weiterhin, dass der Kampf gegen den Terrorismus eine Strategie auf verschiedenen Ebenen erfordere, bei denen die NATO nur eines von vielen Elementen sei. Der Prager Gipfel müsse klarstellen, dass die Allianz die Organisation sei, die für die Bekämpfung des Terrorismus mit militärischen Mitteln zuständig sei.

Abschließend hob **Lord Robertson** nochmals die Verantwortung der Parlamentarier im Ratifikationsprozess im Rahmen der NATO-Erweiterung, der neuen NATO-Russland-Partnerschaft und der Aufstellung der Verteidigungshaushalte hervor. Der Prager Gipfel werde eine Gelegenheit sein, zu zeigen, dass die atlantische Allianz nach wie vor Unterstützung verdiene und letztendlich unsere Sicherheit und die zukünftiger Generationen gewährleiste.

Im Anschluss an diese Rede informierte der Präsident der Versammlung, **Rafael Estrella** (Spanien), dass sich der Ständige Ausschuss am 27. Mai 2002 entschieden habe, dem neuen NATO-Russland Rat auch eine parlamentarische Dimension zu geben. Dazu solle einmal im Jahr eine Sitzung des Ständigen Ausschusses NATO-Russland stattfinden, in dem das russische Parlament eine Stimme erhalten solle.

Der Präsident der Versammlung erläuterte weiterhin den Vorschlag des Ständigen Ausschusses, den Parlamenten von Armenien und der Bundesrepublik Jugoslawien gemäß Artikel 15 Absatz 1 der Geschäftsordnung der NATO-PV Beobachterstatus in der Versammlung zu gewähren. Dieser Vorschlag wurde einstimmig angenommen.

Im Anschluss daran stellte Abgeordneter **Viggers** (Vereinigtes Königreich) den Entwurf einer Erklärung zur NATO-Erweiterung vor. Nach ausführlicher Diskussion wurde die Erklärung – wie in der Anlage beigefügt – mit 69 Ja-Stimmen und einer Gegenstimme verabschiedet.

Markus Meckel, MdB Leiter der Delegation	Volker Bouffier, Staatsminister Stellvertretender Leiter der Delegation

Erklärung über die NATO-ERWEITERUNG

1. Die Parlamentarische Versammlung der NATO bekräftigt anlässlich ihrer Plenarversammlung am Dienstag, dem 28. Mai in Sofia, dass der Zweck der NATO darin besteht, die Freiheit und Sicherheit aller ihrer Mitglieder mit politischen und militärischen Mitteln zu gewährleisten.

Die Versammlung,

2. **unter Hinweis darauf,** dass gemäß Artikel 10 des Washingtoner Vertrages „die Parteien durch einstimmigen Beschluss jeden anderen europäischen Staat, der in der Lage ist, die Grundsätze dieses Vertrags zu fördern und zur Sicherheit des nordatlantischen Gebiets beizutragen, zum Beitritt einladen können";

3. **unter Hinweis** auf ihre nachdrückliche Unterstützung für die NATO-Erweiterung, die sie auf ihren Tagungen in Vilnius und Ottawa zum Ausdruck brachte;

4. **unter Betonung,** dass die politischen Gründe für die Erweiterung in erster Linie in der Stärkung von Sicherheit und Stabilität für den gesamten euro-atlantischen Raum liegen. Sie hebt den Nutzen hervor, der im Lichte des sich wandelnden Umfelds aus einer Erweiterung des Bündnisses gezogen werden kann, sodass die NATO als ein Forum für politische Konsultationen unter demokratischen Staaten sowie für Kooperation und Koordinierung von militärischen und sicherheitspolitischen Aktivitäten dienen kann;

5. **unter Betonung,** dass Terrorismus und die Verbreitung von Massenvernichtungswaffen eine schwerwiegende Bedrohung für die NATO-Staaten darstellen und dass die Erweiterung Teil einer umfassenden Politik ist zum Aufbau eines Bündnisses, welches die Sicherheit im euro-atlantischen Raum gewährleistet. Das Bündnis steht toleranten und demokratischen Gesellschaften offen, welche sich den Werten verpflichtet fühlen, die der Terrorismus zu vernichten trachtet. Gleichzeitig fördert die Erweiterung militärische und Sicherheitsanstrengungen zur Bekämpfung von Bedrohungen für die Stabilität;

6. **hervorhebend,** dass die militärische Dimension des Bündnisses weiterhin ein unerlässlicher Bestandteil der neuen Rolle der NATO bleibt durch die Bereitstellung angemessener Fähigkeiten und eines Rahmens für die militärische Kooperation, für Koordination und Interoperabilität;

7. **dahingehend übereinstimmend,** dass eine breite und regional ausgewogene Erweiterung der NATO wesentlicher Bestandteil des Wandels des Bündnisses ist;

8. **in Anerkennung** und **Würdigung** der von allen beitrittswilligen Staaten unternommenen Anstrengungen im Hinblick auf eine Mitgliedschaft in der NATO und mit dem Ausdruck ihrer Dankbarkeit gegenüber diesen Staaten für ihre Solidarität und ihren Beitrag zur Bekämpfung des Terrorismus und zu den NATO-Anstrengungen infolge der Ereignisse des 11. September;

9. **feststellend,** dass Bulgarien, Rumänien, die Slowakei, Slowenien, Estland, Lettland und Litauen ihre Fortschritte im Hinblick auf eine Mitgliedschaft in der NATO durch erfolgreiche nationale Reformprogramme und durch ihre Beiträge zu den NATO-Einsätzen auf dem Balkan unter Beweis gestellt haben;

10. gegenüber den beitrittswilligen Staaten **hervorhebend,** wie wichtig die Fortführung ihrer derzeitigen Anstrengungen ist zur Verwirklichung der Mitgliedskriterien, wie in der NATO-Erweiterungsstudie aus dem Jahre 1995 dargelegt, welche Grundlage für den Beschluss des Rates in Prag sein werden; und jedes eingeladene Land **daran erinnernd,** dass bei einem stockenden Engagement hinsichtlich des Voranbringens von Reformen die Parlamente der Mitgliedstaaten der Versammlung beschließen können, die Ratifizierung des für den Beitritt des Landes zum Bündnis erforderlichen Vertragsprotokolls zu verzögern oder sogar abzulehnen;

11. **fordert** die Staats- und Regierungschefs der Mitgliedstaaten des Bündnisses **auf,** auf ihrem nächsten Gipfeltreffen am 21. und 22. November in Prag:

    a. jene beitrittswilligen Staaten, die als reif für eine Mitgliedschaft im Bündnis betrachtet werden und deren Beitritt als eine Stärkung von Sicherheit und Stabilität im euro-atlantischen Raum beurteilt wird, einzuladen, Beitrittsgespräche aufzunehmen;

b. nach dem Prager Gipfel die Politik der „offenen Tür“ fortzusetzen und insbesondere die beitrittswilligen Staaten auf ihrem Weg in Richtung auf eine Mitgliedschaft in der NATO zu unterstützen;

c. Kooperations- und Partnerschaftsprogramme mit beitrittswilligen Staaten zu beschleunigen und zu vertiefen und den Aktionsplan zur Mitgliedschaft fortzusetzen und zu verstärken, um diesen Ländern dabei zu helfen, die Erfordernisse, die für eine mögliche Aufnahme in die NATO vorgesehen sind, zu erfüllen;

d. einen ungefähren zeitlichen Rahmen für die Berücksichtigung dieser Kandidatenstaaten anzugeben, falls es keine Verschlechterung bei ihren jeweiligen Fortschritten zur Erfüllung der Kriterien für die NATO-Mitgliedschaft gibt;

e. zu erklären, dass das NATO-Bündnis offen bleibt gegenüber allen europäischen Demokratien, ungeachtet ihrer geographischen Lage, welche willens und fähig sind, die Verantwortlichkeiten und Pflichten der Mitgliedschaft zu übernehmen und deren Beitritt die Sicherheit und Stabilität in Europa insgesamt stärken würde;

12. **fordert** die konstituierenden Parlamente der Parlamentarischen Versammlung der NATO **auf,** ihre Zustimmung zur Ratifizierung der erforderlichen Vertragsprotokolle zu geben bzw. sich für die Ratifizierung dieser Protokolle einzusetzen;

13. **vertritt die Auffassung,** dass eine wesentlich erweiterte NATO gemeinsam mit der Verabschiedung weiterer grundlegender Veränderungen und Verbesserungen die zukünftige Bedeutung des Nordatlantischen Bündnisses mit Artikel 5 als seinem Kernelement gewährleisten wird.



Druck: MuK. Medien- und Kommunikations GmbH, Berlin
Vertrieb: Bundesanzeiger Verlagsgesellschaft mbH, Postfach 13 20, 53003 Bonn, Telefon: 02 28 / 3 82 08 40, Telefax: 02 28 / 3 82 08 44
ISSN 0722-8333